

kriens

Protokoll

Kriens, 13. Februar 2020

Sitzungsdatum

Donnerstag, 13. Februar 2020

Zeit Ort

13:30 Uhr bis 17:55 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Janine Lipp
Sachbearbeiterin

T 041 329 63 09
janine.lipp@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2019/2020 Protokoll Nr. 7

Anwesend

Präsident	Roger Erni
Einwohnerrat	28 Mitglieder
Stadtrat	5 Mitglieder
Stadtschreiber	Guido Solari (bis 16:35 Uhr)
Stadtschreiber-Substitutin	Sarah Deschwanden
Protokoll	Janine Lipp

Entschuldigt

Erich Tschümperlin

Traktanden

- | | | | |
|----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 334 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 3</u> vom 7. November 2019 | | Seite 339 |
| 3. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 339 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag: Gemeindeverband Information and Communication Technology (GICT) Statuten 2019</u> | Nr. 260/20 | Seite 342 |
| 5. | <u>Bericht Postulat Niederberger: „Zwischennutzungskataster“</u> | Nr. 177/19 | Seite 351 |
| 6. | <u>Bericht Postulat Ercolani: Tempo 30, Verbesserung Verkehrssituation im Zentrum von Kriens</u> | Nr. 193/19 | Seite 353 |
| 7. | <u>Bericht Postulat Camenisch: Vorbereitung möglicher Rechtsweg betr. Bypass</u> | Nr. 194/19 | Seite 357 |
| 8. | <u>Beantwortung Interpellation M. Portmann: Durch berufliche Integration Armut bekämpfen?!</u> | Nr. 226/19 | Seite 360 |
| 9. | <u>Beantwortung Interpellation Büchi: Abbau ÖV-Angebot am Schattenberg und in der Kuonimatt</u> | Nr. 231/19 | Seite 365 |

Neueingangsliste

- | | |
|------------|---|
| Nr. 231/19 | Beantwortung Interpellation Büchi: Abbau ÖV-Angebot am Schattenberg und in der Kuonimatt |
| Nr. 264/20 | Postulat M. Portmann: Familien im Zentrum
<i>Eingang: 16. Januar 2020</i> |
| Nr. 265/20 | Postulat Schwarz: Sprachliche Frühförderung in Kriens
<i>Eingang: 16. Januar 2020</i> |
| Nr. 266/20 | Schriftliche Anfrage M. Portmann: Wie wird die Abstimmung über einen möglichen Gesamtarbeitsvertrag in der Heime Kriens AG ausgeführt?
<i>Eingang: 26. Januar 2020</i> |
| Nr. 267/20 | Interpellation Gomer: Steuerentwicklung und Fragen zur kleinen Steueramnestie sowie deren Erträge
<i>Eingang: 28. Januar 2020</i> |
| Nr. 268/20 | Interpellation Zellweger: Eignerstrategie Heime Kriens
<i>Eingang: 29. Januar 2020</i> |

Nr. 269/20	Interpellation Fluder: unhaltbare bauliche und hygienische Zustände in der von Kriens an die GSt S vermieteten Zivilschutzanlage Amlehn und Reklamationsverweigerung der Verwaltung <i>Eingang: 30. Januar 2020</i>
Nr. 270/20	Interpellation Gomer: Naphthalin in Krienser Schulen <i>Eingang: 30. Januar 2020</i>
Nr. 272/20	Interpellation Wendelspiess: Barrierefreier Besuch des Friedhofs Anderallmend <i>Eingang: 30. Januar 2020</i>
Nr. 273/20	Interpellation Spörri: Chlorothalonil-Rückstände im Wasser - Können wir Luzerner Trinkwasser unbedenklich konsumieren? <i>Eingang: 30. Januar 2020</i>
Nr. 274/20	Postulat Rösch: Förderung der E-Mobilität <i>Eingang: 31. Januar 2020</i>
Nr. 275/20	Interpellation Schwarz: Polizeiaufgebot im Stadthaus Kriens <i>Eingang: 31. Januar 2020</i>
Nr. 276/20	Interpellation Ercolani: Stelen <i>Eingang: 1. Februar 2020</i>
Nr. 277/20	Postulat Tanner: Prüfung von Wärmeverbünde als Heizlösung für das Zentrum bis zum Obernau <i>Eingang: 3. Februar 2020</i>
Nr. 278/20	Dringliche Interpellation Ercolani: Wohnungskündigungen Brunnmattstrasse 18, 18a, 18b, 20, 20a <i>Eingang: 3. Februar 2020</i>
Nr. 279/20	Dringliche Interpellation Ercolani: Fehlinformationen <i>Eingang: 4. Februar 2020</i>
Nr. 280/20	Motion Wendelspiess: Projektierungskredit Sichere Wege zu Schulen und Sportstätten <i>Eingang: 5. Februar 2020</i>
Nr. 282/20	Dringliche Interpellation Burkhardt: Luzerner Pflegeheimfinanzierung verletzt Bundesrecht <i>Eingang: 6. Februar 2020</i>
Nr. 255/19	Beantwortung Interpellation M. Portmann: Kontrollmessung für die Mobilantenne im Kleinfeld

Nr. 283/20 Interpellation Albrecht: Aktuelle Bemühungen rund um «Food Waste» in Kriens
Eingang: 11. Februar 2020

Roger Erni begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

Es dauert noch 45 Tage bis zur Wahl. Seine Zeit als Einwohnerratspräsident dauert noch 203 Tage. In den ersten 160 Tagen hat er bereits 73 Termine wahrgenommen. Das sind alle 2.2 Tage ein Anlass. Er freut sich auf die 203 verbleibenden Tage.

Er kommt nun zum nächsten Wasserkraftsystem, nämlich Hinterrhein. Das ist das grösste Wasserkraftsystem von Graubünden. Die Gemeinde Thusis nimmt 40 % ihres Budgets durch Wasserzinsen ein. 40 % sind in Kriens rund 30 Mio. Franken. Man kann sich vorstellen, wie gut es also Thusis geht. Sie wissen gar nicht, wie sie das Geld ausgeben sollen. Sie bauen einen neuen Bahnhof oder eine neue Strasse. Thusis zahlt deshalb auch tausende von Franken in den Bündner Finanzausgleich. Zu unterst auf dem Schema befindet sich Sils und es geht hinauf nach Bärenburg. In Bärenburg gibt es einen Stausee und ein integriertes Kraftwerk. Dann gibt es den Sufers Stausee mit 17.5 Mio. m³. Dann kommt das grossartige Pumpspeicherkraftwerk Ferrara, welches in den 60er Jahren gebaut wurde. Zu oberst ist der Lago di Lei. Das klingt nicht nur italienisch, sondern ist auch italienisch. In den 50er und 60er Jahren ist dort etwas mit der Schweizer Grenze passiert. Bei der Staumauer gibt es einen Knick. Auch mit diesem Knick hat seine Liebe zu Wasserkraftsystemen begonnen. Dort hat man einfach aufgrund des Baus der Staumauer gesagt, welche durch die Schweiz bezahlt wurde, dass diese auch der Schweiz gehört. Alles andere, also die gesamte Alp und der Stausee befinden sich auf italienischem Boden. Italien bekam 20 % der Aktien. Seit 60 Jahren produziert dieses System Milliarden von kWh Strom für die Schweizer Stromindustrie. Als man in den 40er Jahren noch nicht wusste, wo man dies machen soll, hat man den Stausee Sufers erstellt. Diesen wollte man eigentlich 10 - 20 Mal so gross machen. Dann wäre ganz Nufenen, Sufers und fast bis in den Hinterrhein unter Wasser gestanden. Jetzt kann man sich vorstellen, was diese Bewohner gesagt haben. Sie haben sich gewehrt, dass dieses Land unter Wasser gesetzt wird. Sie haben gewonnen, weil sie absolut dagegen gekämpft haben. Plötzlich fand man die Alp Lago di Lei, wo man dann wahrscheinlich 20 italienische Bauernfamilien entschädigt hat. Auf der Lago di Lei kann nun nicht mehr geerntet werden, sondern es wird Wasserkraft produziert.

Wusstet ihr, dass heute der Gallivater kommt? Man kann sich schon den ganzen Tag auf die Fasnacht freuen, denn diese beginnt nach dieser Einwohnerratssitzung. Der Gallivater meinte, da das Einwohnerratspräsidium schon seit Jahrzenten immer etwas bei der Gallizunft präsentiert und eine Geschichte erzählt, würde er es hier im Einwohnerrat auch einmal machen.

Er möchte noch einen Gruss der Turnerinnen GV ausrichten. Sie danken herzlich für die Arbeit des Einwohnerrates. Ihnen ging es vor allem darum, dass der Einwohnerrat schaut, dass die Turnhallen weiterhin gratis sind.

Judith Luthiger-Senn wurde vor wenigen Tagen 60 Jahre jung, Peter Portmann am 20. Januar 69-jährig und Guido Solari feierte am 7. Februar seinen 53-sten Geburtstag. Daniel Rösch, der Jüngste im Einwohnerrat, wurde 27-jährig.

Guido Solari weiss seit letztem Freitag, dass er einen Wadenbeinbruch hat. Er muss sich nun schonen und die Beine hoch lagern. Er wollte jedoch heute zu Beginn der Sitzung dabei sein. Entschuldigt hat sich Erich Tschümperlin, da er eine Operation hatte. Er wünscht beiden gute Genesung.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Dann gibt es noch eine kleine Überraschung. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste ist nach Roger Erni kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf. Weiter sind zwei dringliche Vorstösse eingegangen.

Am 3. Februar 2020 hat Enrico Ercolani die dringliche **Interpellation Ercolani: Wohnungskündigungen Brunnmattstrasse 18, 18a, 18b, 20, 20a (Nr. 278/2020)** eingereicht.

Der Dringlichkeit wird opponiert.

Der Vorsitzende erteilt das Wort Enrico Ercolani zwecks Begründung der Dringlichkeit der Interpellation.

Gemäss Enrico Ercolani haben die rund 100 Mieter der Brunnmattstrasse 18, 18a, 18b, 20, 20a die Kündigung erhalten. Viele von ihnen wohnen schon sehr lange in diesen Wohnungen. Einige von ihnen sind über 90 Jahre alt und würden gerne weiter in der gewohnten Umgebung bleiben. In den letzten Jahren wurden an diesen Bauten verschiedene Grosssanierungen wie neue Fenster und Fassadenisolationen erstellt. Aus Sicht des Sprechenden ist diese Interpellation dringlich. Leute, welche bereits seit 40 Jahren dort wohnen, werden auf die Strasse gestellt. Dies kann zu sehr vielen Sozialfällen führen, welche die Stadt bezahlen muss. Er ist der Meinung, dass der Stadtrat dringendst mit den Besitzern verhandelt, dass dies anders aufgegleist wird.

Bruno Purtschert findet die Situation für die Mieter auch sehr unangenehm und unerfreulich. Die CVP/JCVP-Fraktion hätte sich dies auch anders vorgestellt, insbesondere auch die Kommunikation. Die gestellten Fragen erachtet sie als nicht dringlich. Es ist gescheitert, wenn der Stadtrat etwas für diese Mieter unternimmt und sich nicht mit der Beantwortung dieser Fragen beschäftigt.

Auch für Räto Camenisch ist diese Interpellation nicht dringlich. Hier ist schon so viel gelaufen, es war überall in der Presse. Der Stadtrat wird soweit er kann auch ohne ein Mandat des Einwohnerrates seine Pflichten wahrnehmen.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Ercolani: Wohnungskündigungen Brunnmattstrasse 18, 18a, 18b, 20, 20a (Nr. 278/2020)

Mit 20:8 Stimmen wird die Interpellation nicht dringlich erklärt.

Albrecht, Michèle	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	nein
Frauenknecht, Marco	nein
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	nein
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	ja
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	nein
Portmann, Peter	nein

Purtschert, Bruno	nein
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	ja
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	nein

Am 4. Februar 2020 hat Enrico Ercolani die dringliche **Interpellation Ercolani: Fehlinformationen (Nr. 279/2020)** eingereicht.

Der Dringlichkeit wird opponiert.

Der Vorsitzende erteilt das Wort Enrico Ercolani zwecks Begründung der Dringlichkeit der Interpellation.

Laut Enrico Ercolani wurden im Einwohnerrat und im Publikationsorgan KriensInfo Unwahrheiten verbreitet. Man steht vor den Wahlen und es kann nicht sein, dass Stadträte wegen diesen Unwahrheiten verunglimpft werden. Die Dringlichkeit ist aus ethischen und moralischen Gründen gegeben, damit sich Leute die fälschlicherweise angegriffen werden, auch verteidigen können.

Gemäss Raoul Niederberger sind die gestellten Fragen vielleicht durchaus berechtigt. Aber um sich verteidigen zu können gibt es ein anderes Instrument, wenn man mit einer Tatsachendarstellung nicht einverstanden ist. Man kann eine Gegendarstellung machen, auch wenn diese Interpellation noch nicht beantwortet ist. Deshalb ist dieser Vorstoss nicht dringlich.

Auch die SP-Fraktion erachtet laut Raphael Spörri diesen Vorstoss als nicht dringlich. Wie bereits sein Vorredner gesagt hat, kann dies anders abgehandelt werden.

Andreas Vonesch führt aus, dass die CVP/JCVP-Fraktion den Vorstoss als dringlich erachtet. Es geht darum, dass in dieser Schrift Unwahrheiten verbreitet und, falsche Behauptungen aufgestellt wurden. Gezielt geht es darum den Stadtrat an den Pranger zu stellen, zu desavouieren. Sie findet es nicht mehr als Recht, im Sinne einer fairen aber auch durchaus kritischen Politik, der Dringlichkeit zuzustimmen, damit dies geklärt werden kann.

Die SVP-Fraktion ist gemäss Räto Camenisch gegen die Dringlichkeit und zwar aus einem einfachen Grund. Fake News sind leider etwas Alltägliches. Hier muss man widersprechen. Manchmal verfügt sogar ein Gericht, dass man widersprechen muss. Es ist jedoch nicht Aufgabe des Einwohnerrates.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Ercolani: Fehlinformationen (Nr. 279/2020)
Mit 16:12 Stimmen wird die Interpellation nicht dringlich erklärt.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	ja

Fluder, Hans	nein
Frauenknecht, Marco	nein
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	nein
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	ja
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Portmann, Peter	nein
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	nein

Am 6. Februar 2020 hat Anita Burkhardt-Künzler die dringliche **Interpellation Burkhardt: «Luzerner Pflegeheimfinanzierung verletzt Bundesrecht» (Nr. 282/2020)** eingereicht.

Der Dringlichkeit wird opponiert.

Der Vorsitzende erteilt das Wort Anita Burkhardt-Künzler zwecks Begründung der Dringlichkeit der Interpellation.

Anita Burkhardt-Künzler findet, dass die Dringlichkeit absolut gegeben ist, weil es ein zentrales Thema ist. Die Leute wollen wissen, was mit den Gemeindefinanzen in Kriens geht. Ihre Fragen zielen darauf ab die Leute aufzuklären. Es ist ein dringendes Thema und deshalb bittet sie der Dringlichkeit stattzugeben.

Für Beat Tanner ist es ein sehr berechtigtes Anliegen, aber aus seiner Sicht nicht dringend. Alle Gemeinden sind betroffen. Man muss nun analysieren, was das genau heisst. Es reicht im ordentlichen Verfahren zu erfahren, woran man ist.

Die SVP-Fraktion erachtet diese Interpellation gemäss Räto Camenisch auch nicht für dringlich. Wie die Interpellantin gesagt hat, besteht dieses Problem schweizweit und wirkt sich natürlich auch auf Kriens aus. Wie weit es sich auf Kriens auswirkt ist eine Exekutivaufgabe, um dies allenfalls kompensieren zu können. Der Einwohnerrat kann auch nur darüber sprechen, aber nichts machen. Das dann man sicherlich auch auf dem ordentlichen Weg erledigen.

Für Erwin Schwarz ist dieser Vorstoss auch nicht dringlich. All die gestellten Fragen standen so in der Zeitung. Selbstverständlich ist dies ein dringliches Problem für die Finanzen. Aber diese Fragen möchte der Sprechende lieber zuerst mit dem Sozialvorsteher in der KBSG besprechen.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Burkhardt: «Luzerner Pflegeheimfinanzierung verletzt Bundesrecht» (Nr. 282/2020)Mit 17:10 Stimmen bei einer Enthaltung wird die Interpellation nicht dringlich erklärt.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	Enthaltung
Fluder, Hans	nein
Frauenknecht, Marco	nein
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	nein
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	nein
Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	nein
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	nein

Kommissionserklärungen

Laut Martin Zellweger hat der Einwohnerrat in der Novembersitzung anlässlich der Kenntnisnahme des AFP's 2020 und in Zusammenhang mit dem Vorstoss „Raus aus den Schulden“ die folgende Bemerkung überwiesen: *„Der Stadtrat informiert die KFG spätestens in der Februarsitzung 2020 schriftlich und umfassend über die überarbeitete Finanzstrategie sowie die dazu definierten konkreten Umsetzungsmassnahmen. Dazu gehören ebenso Massnahmen zum Schuldenabbau wie sie eigentlich im Finanzplan zwecks Erreichung der kantonalen Vorgaben bereits hätten Eingang finden müssen.“* Mit dieser heutigen Mitteilung möchte die KFG den Einwohnerrat darüber informieren, dass die KFG dieses Thema anlässlich der Februar-Sitzung nicht behandeln konnte, da keine vorbereitenden Unterlagen vorhanden waren. In der vorangehenden Januar-Sitzung wurde von der KFG unmissverständlich festgehalten, dass das unstrukturierte Runterlesen von Informationen zur Finanzstrategie, wie dies bisher erfolgt ist, der Anforderung an das Thema nicht gerecht wird. Die Kommission möchte sich gerne auf anspruchsvolle Themen vorbereiten, um eine qualifizierte Diskussion zu führen. Da am Tag der Sitzung noch nichts vorgelegt wurde, wurde das Thema von der KFG einstimmig abtraktandiert. Aus diesem Grund wurde dann vom Stadtrat im Nachgang ein Dokument „Projekt-Reporting Finanzstrategie“ nachgereicht. Faktum ist, zum heutigen Zeitpunkt sieht sich die KFG zur Finanzstrategie nicht umfassend informiert, wie dies erwartet wurde. Der Informationsfluss vom Stadtrat zuhanden der KFG zum Thema Finanzstrategie gestaltet sich seit letztem Frühjahr als mühsam. Die KFG zeigt sich besorgt über die fehlende Transparenz im Umgang mit der zu erarbeitenden Finanzstrategie gegenüber der zuständigen beaufsichtigenden Kommission. Trotz wiederholter Aufforderung wurde die Kommission nicht zeitgerecht mit den gewünschten Informationen bedient. Dem Recht auf Akteneinsicht der Kommission wurde somit bisher auch nicht vollständig Folge geleistet. Die KFG kann so ihre Aufgabe und Verantwortung als beaufsichtigende Kommission in Bezug auf die Finanzstrategie leider bisher nicht pflichtgemäss wahrnehmen. Man greift zum Mittel der Mitteilung, um den aktuellen Zustand

transparent zu machen. Der Sprechende erwartet vom Stadtrat, dass er die Aufforderung der KFG sowie die vom Einwohnerrat überwiesenen Bemerkung ernst nimmt und unverzüglich Transparenz zuhänden der KFG schafft. Die Kommission hat nun heute, nach massivem Druck und Transparenz bezüglich dieser heutigen Mitteilung, vom zuständigen Departement eine E-Mail erhalten, wie die Kommunikation erfolgen soll. Der Termin mit der Kommission findet am 30. März 2020 statt. Trotzdem erwartet die KFG eine vorhandene Dokumentation bereits auf die nächste Sitzung. Die Zusicherung auf Transparenz nimmt man gerne, wie auch schon früher erfolgt, entgegen. Aber diesmal erwartet die KFG Evidenzen. Sie wird zuhänden des Einwohnerrates in einer Mitteilung bereits anlässlich der nächsten Sitzung rapportieren, ob sich die diesbezügliche Kommunikation verbessert hat.

Fraktionserklärungen

Gemäss Beat Tanner hat der Stadtpräsident anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 28. November 2019 bekannt gegeben, dass der Stadtrat künftig bei nicht beantworteten Fragestellungen aus der Fragestunde die Antworten neu im Einwohnerratsprotokoll als Anmerkung aufnimmt. Es sollen keine E-Mails mehr verschickt werden. Anlässlich dieser Sitzung hat der Einwohnerrat dies zur Kenntnis genommen, obwohl man nicht genau wusste, aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage der Stadtrat diesen Entscheid getroffen hat. Es hat sich aber in der Praxis gezeigt, dass die FDP-Fraktion die Antworten früher benötigt, als im nächsten Protokoll. Das kann meistens Wochen, wenn nicht Monate dauern. Er geht davon aus, dass es in den anderen Fraktionen auch so ist. Aus seiner Sicht sind die Antworten für die Fraktionen sehr wichtig, weshalb diese Fragen anlässlich der Fragestunde gestellt werden. Die FDP-Fraktion regt an, dass die Antworten innerhalb von 14 Tagen mit einem E-Mail oder via Extranet aufgeschaltet werden. Selbstverständlich kann man es im Protokoll auch noch aufführen. Dieses Vorgehen würde allen extrem helfen.

Mitteilungen seitens des Stadtrates

Lothar Sidler hat an der Dezembersitzung die Interpellation Ercolani (Nr. 210/2019) beantwortet. Es ging darum, wie viele Neuzuziehende wirtschaftliche Sozialhilfe beziehen. Es wurde moniert, dass das Zahlenmaterial schwach bestückt war. Er versprach das Zahlenmaterial nachzuliefern. In der Zwischenzeit wurden Berechnungen vorgenommen und das Zahlenmaterial kann nun nachgeliefert werden. Dies möchte er jetzt gerne machen. In der Berichtsperiode vom 1. Juli 2018 bis 30. April 2019 gab es 64 Neuzuziehende. Andere WSH-Beziehende gab es 792. Somit waren es in dieser Zeit total 856 WSH-Bezüger. Diese Leute generierten folgende Bezugsmonate: Neuzuziehende haben 170 Bezugsmonate und die anderen WSH-Beziehende 3'819 Bezugsmonate, was ein Total von 3'989 Bezugsmonate ergibt. Die Neuzugezogenen haben während dieser Zeit Fr. 240'477.50 an Sozialhilfekosten generiert und die anderen WSH-Beziehenden Fr. 6'149'438.27. Das ergibt WSH-Kosten pro Person bei den Neuzugezogenen von Fr. 3'757.00 und bei den anderen WSH-Beziehenden Fr. 7'764.00. Das ist aber eine Augenwischerzahl, weil wesentlich ist, wie viel diese pro Monat generiert haben. Erst dann kann man miteinander vergleichen, ob sie teurer oder günstiger waren als die anderen WSH-Beziehenden. Die Neuzugezogenen haben WSH-Kosten pro Monat und pro Person von Fr. 1'414.00 generiert. Bei den anderen WSH-Beziehenden liegen diese Kosten bei Fr. 1'610.00. Mit dem ist die Behauptung widerlegt, dass die Neuzugezogenen WSH-Bezüger deutlich teurer sind als Sozialhilfebezüger, welche schon länger in Kriens WSH beziehen. Wegen den Ursachen können momentan nur Mutmassungen angestellt werden. Es kann nicht genau gesagt werden, dass die bereits in Kriens lebenden WSH-Beziehenden teurer sind als die Neuzugezogenen. Ein Grund kann sein, dass Neuzugezogene in der Regel die teuren Kosten nicht verursachen. Teure Kosten sind beispielsweise Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen oder auch Heim-Aufenthalte, welche über die WSH finanziert werden müssen. Diese treiben vielfach den Preis und die Kosten in die Höhe. Das ist bei den Neuzugezogenen in der Regel nicht der Fall.

2. Protokoll Nr. 3 vom 7. November 2019

Roger Erni stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Das Protokoll wird somit genehmigt und verdankt.

3. Fragestunde

Andreas Vonesch stellt fest, dass die Genossenschaft Bahnhöfli Kriens am Arbeiten ist. Wie ist der Stand der Gespräche zwischen dem Vorstand der Genossenschaft Bahnhöfli Kriens und der Stadt?

Gemäss Franco Faé steht man in Kontakt. Im Januar fand intern eine Sitzung statt und man ist an der Aufbereitung eines Geschäfts an den Stadtrat, wie er zu den Fragestellungen der Genossenschaft steht. Es gilt aber zu berücksichtigen, dass das Vorhaben einen sehr grossen Einflussbereich hat. Man muss die Auswirkungen mit dem Museum im Bellpark anschauen und die Informationen zusammensammeln. Die Genossenschaft ist im Bilde, dass etwas in Arbeit ist und sie informiert wird, sobald man mehr weiss.

Hans Fluder hat in der letzten Barnipost ein Inserat der Badi Kriens gesehen. Es werden relativ viele Mitarbeitende gesucht, sei dies an der Kasse oder im Restaurant. Warum gibt es einen so grossen Wechsel?

Laut Franco Faé ist der Betrieb des Parkbades über 4.5 Monate eine Herkulesaufgabe. Es sind relativ viele Teilzeitmitarbeitende. Diese können nur bei gutem Wetter arbeiten gehen, sprich wenn die Badi auch geöffnet ist. Es ist klar, dass diese Leute eine Festanstellung suchen. Man muss immer wieder damit rechnen, dass Leute kurzfristig abspringen. Das ist wirklich eine schwierige Aufgabe Leute über die Sommerzeit zu finden. Das beschert der Verwaltung auch immer viel Arbeit. Man erarbeitet eine nun Strategie, was man mit dem Parkbad zukünftig machen will.

Beat Tanner kommt auf die Information zum Naphthalin-Problem im Roggern-Schulhaus zu sprechen. Die Stadt Luzern hat auch ein grosses Problem im Grenzhof. Dort musste die gesamte Schulanlage geschlossen werden. Man schaut sogar, ob man es umbauen kann. Die Stadt Bern hat ein Schulhaus umgebaut und 3 cm Beton abgespitzt. Nach 2-3 Jahren kam das Naphthalin wieder. Nimmt Kriens mit diesen zwei Städten Kontakt auf, um zu klären, wie sie damit umgehen oder wird selber mit Spezialisten geschaut?

Gemäss Franco Faé ist man an diesem wichtigen Thema dran. Es finden Gespräche mit den Nachbarn statt. Vor allem kennen die beigezogenen Firmen kennen die Situationen in den K5-Gemeinden. Zurzeit wird organisiert, dass man auf K5-Basis dieses Problem bespricht. Der Sprechende schickt voraus, dass offenbar die Gebäude sehr unterschiedlich sind. Das zeigt auch die gemachten Messungen. Es bestand die Angst, dass überall die Messungen tragisch ausfallen, aber dies hat sich nun anders herausgestellt. Man wird sicher miteinander den Weg suchen, wo man auch zusammenarbeiten kann.

Laut Michael Portmann ist seit der Sammel-Einsprache zum Schattenwurf der Nidfeld-Anlage schon mehr als ein halbes Jahr vergangen. Welchen Stand hat diese Einsprache? Ist diese bereits abgeschlossen? Wenn ja, was ist das Ergebnis?

Matthias Senn führt aus, dass das Baubewilligungsverfahren geteilt war. Einerseits die Hofüberbauung und andererseits das Hochhaus. Die Hofüberbauung hat der Stadtrat noch im alten Jahr bewilligt und das Hochhaus ist noch nicht bewilligt. In diesem Sinne sind die Einsprachen auch noch nicht behandelt. Der Grund dafür ist, dass man noch in Abklärung mit der Losinger Marazzi ist, auch in Bezug auf die mögliche Autobahnüberdachung in diesem Bereich. Andererseits gibt es auch noch städtebauliche Fragen zu diesem Hochhaus.

Gemäss Raoul Niederberger ist im Protokoll vom 7. November 2019 geschrieben, dass Andreas Vonesch eine Frage zur Tafel bei der Fenkernwiese gestellt hat. Als Anmerkung steht, dass diese Tafel aufgrund einer Rückmeldung eines Anwohners wieder montiert wurde. Hier handelt es sich ja um eine Spielwiese. Wie gedenkt der Stadtrat mit solchen Rückmeldungen von Anwohnern umzugehen? Im Brunnmatt-Schulhaus gab es auch schon das Problem mit dem Spielplatz.

Franco Faé erklärt, dass es sich nicht nur um die Rückmeldung eines Anwohners gehandelt hat. Die Personen haben sich zusammengetan und es handelte sich um eine Sammelanfrage. Die Verwaltung hat dies abgeklärt, aber die genauen Details kennt er nicht. Man hat sich auf eine gute Lösung geeinigt. In der Fenkern gibt es ja eine grosse und eine kleine Wiese. Das Problem ist einfach bei der Turnhalle aufgrund der Glasbausteine. Jedes Mal, wenn ein Fussball daran gespielt wurde, gab es einen lauten Knall. Daneben ist ja die ganz grosse Wiese, weshalb das Fussballspielen auf diese verschoben werden muss. Bisher gibt es keine Rückmeldungen, dass sich jemand daran stört. Es ist eine gegenseitige Vereinbarung, auch wenn diese nicht unbedingt schriftlich festgehalten ist, welche sich bewährt hat. Der Sprechende möchte auch aufs Brunnmatt zurückkommen. Es gab eine unglaubliche Geschichte und landete auch im Blick. Seitdem das Schulhaus umgebaut und die Spielanlage versetzt wurde, teilweise auch in Absprache mit den Anwohnenden, kam seither keine einzige Rückmeldung zu allfälligen Belästigungen. Die Lage hat sich trotz grosser Sorge der Anwohnenden beruhigt. Der Stadtrat ist froh, wenn solche Sachen miteinander gelöst werden können. Es geht nicht um ein Verbot, sondern um gegenseitige Rücksichtnahme. Man muss keinen riesen Aufstand machen, wenn man sich gut einigen kann.

Gemäss Viktor Bienz ist die Stadt Kriens in der Industriegleis-Genossenschaft. Vor Jahren sagte man, dass diese Genossenschaft aufgelöst wird und man austreten will. Wie ist der Stand heute?

Laut Franco Faé hat die Industriegleis-Genossenschaft aus zwei Gleisanlagen bestanden. Dies ist einerseits diejenige vom Bahnhof Horw Richtung Schlund und dann Richtung Mattenhofkreisel. Die andere ist Richtung See zu den Kieswerken. Infolge der Umbauarbeiten im Bahnhof Horw hat man die Weichenstellungen entfernt. Das Gleis ist somit stillgelegt. Die Stadt Luzern, welche auch Grundeigentümerin ist, hat den Austritt per Ende 2019 erklärt. Kriens hat noch zwei Parzellen, worauf die Gleisanlagen sind. Dabei handelt es sich auch um Übergänge von Velos und Durchfahrtsstrassen. Diese konnten zu Lasten der Genossenschaft saniert und auch die entsprechenden Markierungen wieder angebracht werden. Für die Stadt Kriens ist es erledigt. Man ist in Planung die Genossenschaft aufzulösen und am Prüfen allenfalls eine AG daraus zu machen. Das Gleis vom Bahnhof an den See ist für die Kies AG wichtig. Weil es zu wenig Genossenschafter sind, möchte man eine Nachfolgelösung suchen. Seitens Kriens ist angedacht aus dieser Genossenschaft auszutreten. Über die Umwandlung in eine AG muss sich der Stadtrat noch erklären. Er sieht jedoch nicht, dass Kriens da noch dabei sein muss.

Marco Frauenknecht möchte wissen, wieso Yvette Estermann immer noch als Einwohnerratspräsidentin auf der Homepage des Einwohnerrates aufgeführt ist. Letztens wurde auch noch ein schönes Foto gemacht. Es wäre schön, wenn man dies auch sehen würde.

Cyrill Wiget dankt für den Hinweis und man wird dies anpassen.

*Anmerkung der Protokollführerin:
Die Anpassungen sind gemacht und erledigt.*

Enrico Ercolani fragt, ob jemand auch schon gemusst und dann im WC nicht mehr gewollt hat. So ging es ihm nach der letzten Einwohnerratssitzung, als er Richtung Kulturquadrat lief. Am Weg steht auf der rechten Seite ein schönes Häuschen, was auch ein Kiosk sein könnte. Er hat dieses Häuschen besucht und musste feststellen, dass dieses unsauber ist und stank. Auch Licht hatte es keins. Er ging wieder raus und eine Frau hat vom Damen-WC das Gleiche erzählt. Enrico Ercolani meint, dass es im Interesse aller ist, wenn öffentliche WC-Anlagen sauber sind. Hoffentlich sehen nicht alle so aus. Was hat der Stadtrat vor hier zu machen? Dieses wird sicherlich auch viel von Chauffeuren gebraucht.

Laut Franco Faé ist dieses Thema bereits bekannt und wurde gemeldet auch seitens der Buschauffeure. Er weiss nicht, ob es sich hier um einen Einzelfall handelt. Es besteht ein Reinigungskonzept und dieses WC wird auch regelmässig gereinigt. Seine Leute sind informiert, dass sie dem nachgehen müssen und vermehrt kontrollieren, ob sauber gereinigt wurde.

Michael Portmann stellt fest, dass auf der Veloroute Schlundstrasse schon seit längerem zwischen der Friedhofstrasse und dem Lauerzweg die Strassenbeleuchtung ausgeschaltet ist. Es brennt kein Licht. Weshalb ist das so?

Laut Matthias Senn gibt es schon Abklärungen, ob man die Strassenbeleuchtung in der Nacht ablöschen will. Das ist aber sehr umstritten und es gibt keine Entscheidung, dass dies gemacht wurde. Er muss diese Frage abklären.

*Anmerkung der Protokollführerin:
Es handelt sich um einen Totalschaden eines Kandelabers verursacht durch Unbekannt. In solchen Fällen kann nach der Schadenaufnahme durch die Polizei beim Nationalen Garantiefonds ein Gesuch gestellt werden um Finanzierung des Schadens (abzüglich Selbstbehalt von Fr. 1'000.00). Nach der Zusage des Fonds wird der Kandelaber ersetzt.*

Gemäss Peter Stofer ist der Kanton daran das 4. Agglomerationsprogramm zusammenzustellen. Viele Massnahmen aus dem GVKK würden sich absolut eignen in diesem Massnahmenpaket Eingang zu finden, welche vom Bund wenigstens teilweise bezahlt werden. Ist der Stadtrat diesbezüglich beim Kanton vorstellig geworden?

Matthias Senn meint, dass man bei der Ausarbeitung nicht einbezogen wurde. Zurzeit läuft eine Vernehmlassung und muss mit den geplanten Projekten abgestimmt werden. Man wird sich in der Vernehmlassung dazu äussern.

Viktor Bienz möchte über den Stand des Hotels Himmelrich informiert werden.

Laut Matthias Senn war der letzte Akt der Stadt Kriens die Erteilung der Baubewilligung für den Innenausbau, nachdem vorher bezahlt wurde. In der Zwischenzeit konnte man im Kantonsblatt lesen, dass die Hotel Himmelrich AG im Konkursverfahren ist. Im Moment läuft sicherlich nichts Bauliches. Weitere Informationen liegen jedoch nicht vor.

Patrick Koch interessiert das Eichhof West. Wann ist der Baustart?

Gemäss Matthias Senn wird im Moment das Projekt ausgearbeitet. Es wurde ein Wettbewerb für das WAS gestartet. Seiner Meinung nach dauert es bis zu den Sommerferien bis es juriert ist. Danach wird das Baugesuch im 2. Semester von diesem Jahr ausgearbeitet. Wie lange es dauert weiss er nicht genau, aber vermutlich startet man im 2021.

Enrico Ercolani hat eine Frage zum Nidfeld. Er hat gestern im Sturm zugeschaut wie die Bauprofile im Wind hin und her gingen. Was läuft dort? Sind Einsprachen vorhanden, dass nichts geht? Wieso werden die Bauprofile nicht abgebaut?

Matthias Senn bittet Enrico Ercolani besser zuzuhören. Michael Portmann hat bereits die gleiche Frage zu Beginn gestellt.

Cla Büchi hat eine Frage zum Freigleis resp. der durchgehenden Linienführung an der Mateo-Siedlung vorbei. Vor zwei Jahren hiess es, es wird Herbst 2019. Jetzt ist es immer noch nicht durchgehend. Weiss, man wann das Freigleis nun tatsächlich durchgehend ist?

Matthias Senn ist informiert, dass es im Frühling 2020 zusammen mit der Umgebung erfolgt und dann freigegeben wird.

Viktor Bienz hat bereits einmal gefragt, wie die Stadt Kriens ein Geschäft, sprich Landi, für einen neuen Standort unterstützt. Er hat aufgefordert diese beim Suchen zu unterstützen. Hat die Landi zwischenzeitlich etwas gefunden?

Gemäss Cyrrill Wiget fanden tatsächlich Gespräche mit der Landi statt. Sie hatten Interesse, aber waren nicht deckungsgleich mit den Interessen der Stadt Kriens. Die Stadt Kriens hätte sie in der Hofmatt gesehen, aber man musste einsehen, dass das nicht der richtige Standort ist.

4. Bericht und Antrag: Gemeindeverband Information and Communication Technology (GICT) Statuten 2019 **Nr. 260/20**

Roger Erni begrüsst als Gast Camil Erni, Leiter GICT. Auf der Tribüne sitzt Thomas Lehmann, Gemeinderat Emmen.

Laut Martin Zellweger konnte die KFG den B+A "Gemeindeverband Information and Communication Technology" (GICT) Statuten 2019 anlässlich der letzten Sitzung behandeln. Um es vorab zu nehmen, sämtliche Parteien sind auf den Antrag eingetreten. Dem Beschlusstext wurde ebenfalls einstimmig zugestimmt. Ein von der Grünen/GLP-Fraktion gestellter Antrag zur Streichung des Punktes 2 des Beschlusstext wurde abgelehnt. GICT ist übrigens eine spannende Deutsch-Englische Unternehmensbezeichnung: Gemeindeverband EICITII. Da ist sich der Sprechende noch nicht sicher ob er GE-EICITII oder TSCHI-EICITII sagen soll. GICT wurde der KFG von Camil Erni, GICT Geschäftsführer seit Ende 2018, näher vorgestellt. Die Initiative der Gemeinden Emmen und Kriens die im Juli 2014 zur Gründung dieses Verbands führte, bestätigt sich bisher als guter Entscheid. Die Synergienutzung der beiden Gemeinden und der inzwischen erfolgte Ausbau auf 14 Gemeinden erlaubt es Informatik-

Leistungen zu bündeln und so in einem grösseren Umfang standardisiert und effizienter zu gestalten. Die gemäss Bericht aufgezeigte Reduktion des Arbeitsplatzpreises deutet sicher darauf hin. Es wird sicher weiterhin wichtig sein, die Entwicklung der Unternehmung effizient zu gestalten und nicht planlos zu wachsen, so dass die Konkurrenzfähigkeit weiterhin bestehen bleibt. Darauf sollen der Vorstand und die Delegierten ihr Hauptaugenmerk legen. Bei der Diskussion wurde allerdings auch klar, dass wie bisher einige Informatik-Leistungen in der Stadtverwaltung und an den Schulen weiter bestehen bleiben. Es wird wichtig sein, diese Kosten ebenso vergleichbar zu machen und auch hier die Effizienz sicherzustellen. Diese Kosten liegen in der alleinigen Verantwortung der Stadt Kriens. In Bezug auf den Antrag zur Anpassung der Statuten GICT stimmt die KFG der vorgeschlagenen Form zu. Es ist angebracht die Organisation den neuen Gegebenheiten und der entsprechenden Ausrichtung des Verbands anzupassen. Die Führungsstruktur widerspiegelt in der neuen Form die Grösse der Unternehmung und der Verbandsorganisation. Ebenso kann die Neuordnung der Stimmrechte der wachsenden Zahl der Verbandsmitgliedschaften Rechnung tragen. Ein anlässlich der Sitzung gestellter Antrag der Grünen/GLP-Fraktion zum Verzicht auf den Genehmigungsvorbehalt bezüglich Statuten der Stadt Kriens wurde von der KFG abgelehnt. Die Einflussnahme des Einwohnerrats bleibt im Wesentlichen auf die Wahl des Delegierten beschränkt. Weiterhin empfiehlt es sich auch hier eine Eignerstrategie für die Verbandsmitgliedschaft festzulegen und dem Einwohnerrat vorzulegen. Die KFG hat abschliessend dem Beschlusstext einstimmig zugestimmt.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist gemäss Andreas Vonesch für Eintreten und wird dem B+A in der vorliegenden Form und Fassung auch zustimmen. Am 1. Juli 2014 wurde der Gemeindeverband ICT durch die Zusammenlegung der Informatikabteilungen der Gemeinden Emmen und Kriens gegründet. Er hat sich im Vorfeld für die damaligen Einwohnerratsgeschäfte und Protokolle interessiert und nachgelesen, dass vor dieser Gründung grosse Unsicherheiten und Ängste seitens des Einwohnerrats da waren. Auch seitens der CVP/JCVP-Fraktion wurden viele Punkte hinterfragt. So hat der damalige Einwohnerroland Schwizer in einer dringlichen Interpellation Anfangs 2014 eine fehlende mittel- und langfristige EDV-Strategie moniert und wollte Auskunft über die finanziellen, personellen und hard- und softwaremässigen Auswirkungen auf Kriens. Allen ist klar, wie schnelllebig das EDV-Geschäft ist und wie rasant sich die Informations- und Kommunikationstechnologien entwickelt haben und auch weiterhin entwickeln werden. Heute, rund 6 Jahre später, weiss man, was für ein grosser Sprung im Zeitalter der Digitalisierung technisch wie auch hard- und softwaremässig gemacht wurde. Es war ein richtiger Schritt. Auch personell und finanziell passierte ein unglaublicher Schritt. Heute sind es 16 Kundengemeinden, 6 Interessenten, 4 angeschlossene Heime und 4 Volksschulen, mit insgesamt 8'000 Nutzern. Die Mitarbeiterzahl ist auf 27 gewachsen und ganz erfreulich sind auch die 3 Lernenden. Der Umsatz beträgt rund 4.75 Mio. Franken. Diese Zahlen beeindrucken, das Wachstum geht weiter. Darum stellt sich für die CVP/JCVP-Fraktion schon die Frage, wie GICT ihre Zukunft sieht oder ob nicht auch einmal eine kritische Grösse erreicht ist. Der Stadtrat hat in seiner Würdigung hervorgestrichen, dass die Kosten seit der Gründung von Fr. 2'200.00 auf Fr. 1'850.00 sanken. Im Vergleich zum Wachstum der GICT eigentlich eine mässige Kostenreduktion. Hier ist die CVP/JCVP-Fraktion der Meinung, dass die Kosten gut im Auge behalten werden sollen und eine weitere finanzielle Reduktion möglich sein muss. Aus den vorliegenden Zahlen wird aber auch ersichtlich, dass GICT jetzt mit den Statutenänderungen auch einen organisatorischen Schritt in die Zukunft machen muss. Die vorliegenden Anpassungen der Statuten bieten die Möglichkeiten dazu. Es sind zeitgemässe und notwendige Anpassungen. GICT muss sich schnell anpassen können und im schnelllebigem Informationsumfeld beweglich bleiben. Darum ist für sie der Verzicht auf den Genehmigungsvorbehalt überhaupt nicht störend. Es ist ein nicht mehr zeitgemässes Vetorecht aus den Anfängen der GICT. Für die CVP/JCVP-Fraktion ist es nicht notwendig, dass der Einwohnerrat jeder Organisations- und Aufgabenanpassungen, sowie strategischen Aufgabenverteilungen reinreden soll. Dazu kann über die Delegiertenversammlung Einfluss genommen werden. Dem Antrag der Grünen/GLP-Fraktion wird sie deshalb nicht zustimmen. Sie fordert den Stadtrat aber dazu auf regelmässig Informationen an die zuständigen Kommissionen weiterzuleiten, sowie nach der Genehmigung der neuen Statuten der GICT entsprechend angepasste Organigramme und eine Verbands- und Eignerstrategie bis im Sommer 2020 vorzulegen.

Die SVP-Fraktion stellt sich laut Martin Zellweger positiv zur Entwicklung der GICT über die letzten Jahre. Die ursprüngliche Initiative der Gemeinden Emmen und Kriens zum Zusammenschluss von Gemeinden zum Betrieb der Informatik hat sich auch aus ihrer Sicht zu einem Erfolgsmodell entwickelt und trägt mitunter zu einer effizienten Gestaltung der ICT für Verwaltung, Schulen und Heime in Kriens bei. Stellt man sich vor, der Stadtrat müsste sich heute auch noch um den Betrieb einer eigenen ICT kümmern. Es wäre kaum noch vorstellbar, dass Kriens ihr eigenes Rechenzentrum betreiben würde. Knappe Fachkräfte, ICT Knowhow, professionelle Prozesse und Führung und weitere ICT Ressourcen können mit dem Gemeindeverband weitaus besser bereitgestellt, unterhalten und skaliert werden. Diese Unternehmung wird hier nach wirtschaftlichen Aspekten geführt. Wie bereits im Rahmen der KFG erwähnt, ist es dabei aber wichtig auch die nach wie vor in der Verantwortung der Krienser Stadtverwaltung verbleibenden Informatik-Infrastrukturen und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Effizienz und Kosten im Auge zu behalten. Nur das Gesamte ist schlussendlich für die Stadt relevant. Die SVP-Fraktion tritt auf den B+A ein, wird auch dem Beschlusstext zustimmen und den Antrag der Grünen/GLP-Fraktion ablehnen.

Laut Daniel Rösch, FDP-Fraktion, hat im Jahr 2014 der Einwohnerrat grünes Licht dafür gegeben, dass die Informatik in den Gemeindeverband ICT ausgelagert werden kann. Damals hat man sich mit der Gemeinde Emmen entsprechende Synergieeffekte erhofft, zum einen in Anbetracht der Kosten, zum anderen aber auch um den technologischen Fortschritt erzielen zu können. Stand heute kann man den zur Verfügung stehenden Informationen dieses Vorhaben eigentlich nur als gelungen einstufen. So hat es seit der Auslagerung keinen politischen Vorstoss zu diesem Thema gegeben. Darüber hinaus scheint es der FDP-Fraktion, dass auch keine Prüfung der effektiven Wirkung dieser Auslagerung stattgefunden hat. Zumindest wurde dem Einwohnerrat nichts kommuniziert. Aus diesem Grund drängt sich ihr noch folgende Frage auf. Hat sich der Schritt hin zur GICT insgesamt gelohnt? Sind die Mitarbeitenden mit der Infrastruktur zufrieden und können sie mit dieser Infrastruktur auch effizient arbeiten? Läuft die IT seit der Auslagerung stabiler und gibt es auch weniger Probleme? Konnte der Support-Service insgesamt verbessert werden? Es gibt sicherlich noch mehr Fragen, welche sich diesbezüglich aufdrängen. Gerade mit dem vorliegenden B+A hatte der Stadtrat die Chance etwas mehr Transparenz zu diesen Fragestellungen einzubringen. Er fokussiert sich aber ausschliesslich auf die Statutenänderungen des GICT. Diese ist nötig, weil der Gemeindeverband ein grosses Wachstum an Neumitgliedern erlebt hat. Unter diesen Aspekten machen die organisatorischen Anpassungen des GICT auch Sinn. Die Rolle der Geschäftsleitung ist zukünftig klarer geregelt, erhält sie auch ihre Aufträge neu direkt vom Vorstand. Die Zuweisung der strategischen Aufgabe an die Delegiertenversammlung und die operativen Aufgaben an den Vorstand erachtet die FDP-Fraktion als sinnvoll. Es gilt aber auch zu beachten, wenn aus den Beschlüssen der Delegiertenversammlung zukünftig Kosten entstehen, dass diese für die Stadt Kriens zukünftig gebundene Ausgaben darstellen. Eine wesentliche Änderung mit dieser Statutenanpassung ist auch die Neuordnung der Stimmrechte. Der FDP-Fraktion drängt sich noch die Frage auf, wie Kriens zukünftig nach der Neuordnung der Stimmrechte im Gemeindeverband da steht. Kritisch steht sie auch hinter dem stetigen Wachstum des Gemeindeverbandes. Sollte der Verband in Zukunft tatsächlich noch 6 weitere Gemeinden dazugewinnen, wie es im B+A auch angetönt ist, wäre GICT für die IT von rund einem Viertel aller Luzerner Gemeinden verantwortlich. Darum stellen sich noch folgende Fragen: Wie gross soll GICT zukünftig noch werden? Wie steht der Stadtrat hinter diesem stetigen Wachstum? Wird mit diesem stetigen Wachstum wirklich die IT-Dienstleistung für die Stadt Kriens attraktiver? Der Sprechende kommt nun noch zu einem anderen Punkt. Der Stadtrat argumentiert, dass mit dem Verzicht des Genehmigungsvorbehalts durch den Einwohnerrat rascher auf Vorgaben reagiert werden kann. Diese Argumentation scheint der FDP-Fraktion zwar etwas fadenscheinig, da sie der Meinung ist, dass die Statuten nicht im Jahresrhythmus angepasst werden. Nichtsdestotrotz kann das Anliegen des Stadtrates nachvollzogen werden und sie wird dem auch entsprechend zustimmen. Denn mit dem Zuwachs an neuen Mitgliedern im Gemeindeverband hat sich auch das ursprüngliche Anliegen am Genehmigungsvorbehalt entschärft. Zum Schluss noch etwas zur GICT selbst. Der FDP-Fraktion ist es wichtig, den Einsatz von GICT in der Berufsbildung entsprechend zu würdigen. Bei einem Bestand von 27 Mitarbeitenden werden 3 Lernende ausgebildet. Das erachtet sie als eine sehr gute Quote. Ein herzliches Dankeschön und ein Bravo an diese Seite. Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird diesem entsprechend zustimmen. Wie er es im Votum bereits angetönt hat, wird sie den Antrag der Grünen/GLP-Fraktion ablehnen.

Raphael Spörri denkt es war, oder ist höchste Zeit die Statuten der GICT zu ändern. Die SP-Fraktion ist demzufolge auch für Eintreten. Sie kann jedoch nicht einfach nur Hurra schreien. Was sie stützt macht ist der zweitletzte Abschnitt des B+A auf Seite 2. Ihres Erachtens ist zwischen den Zeilen zu lesen, dass Kriens nicht gerade glücklich war oder ist. So ist dort zu lesen, dass Kriens umfangreiche Anpassungen verlangte. Was war denn hier ausschlaggebend? Die SP-Fraktion tut sich auch etwas schwer mit Punkt 2 im Beschlusstext. Der Genehmigungsvorbehalt soll nun gestrichen werden. Man wird zu diesem Antrag keine weiteren Voten halten, da dieser bereits in der KFG beraten wurde. Wie sich die einzelnen Mitglieder der SP-Fraktion bei einer Abstimmung verhalten werden, ist ihnen freigestellt. Es ist erfreulich, wie GICT wächst und gedeiht. Zuerst ein zartes Pflänzchen mit schwierigem Start scheint dieser nun dem Pflegealter entwachsen zu sein und solide auf eigenen Beinen zu stehen. Entlässt man also dieses Kind der Selbständigkeit, auch wenn es manchmal weh tut. Und auf eigenen Beinen zu stehen scheint ganz gut zu klappen. Nicht umsonst werden die Kosten für Kriens immer weniger. Hofft man aber, dass zumindest die Leistungen auch gleich bleiben. Auch die Neuorganisation von zwei Delegierten und einem Vorstand scheint für sie der richtige Weg zu sein. Da behält man zumindest auch mit den Wahlen der Delegierten, die dem Einwohnerrat vorbehalten bleiben, ein gewisses Mitspracherecht. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und wird dem B+A zustimmen.

Raoul Niederberger, Grüne/GLP-Fraktion, dankt dem Stadtrat für den vorliegenden Bericht zur Neuordnung der GICT. Die Grüne/GLP-Fraktion wird auf den B+A eintreten. Der GICT ist eine Erfolgsgeschichte: In den letzten sechs Jahren hat sich die Anzahl von Mitgliedern im Verband versiebenfacht, nämlich von 2 auf 14 Gemeinden. Die Kosten pro Arbeitsplatz/Verwaltung konnten um Fr. 350.00 gesenkt werden. Damit der Verband weiter erfolgreich arbeiten kann, sollen nun die Statuten angepasst werden. Die Grüne/GLP-Fraktion steht dieser Statutenanpassung grundsätzlich positiv gegenüber, damit der Verband auch weiter wachsen kann. Der Verlust gewisser Privilegien zu Gunsten tiefer Kosten ist sie bereit zu tragen. Indes stellen sich für sie aber einige Fragen. Gibt es Verbesserungen durch die neuen Statuten? Inwiefern sind die neuen Statuten wesentlich besser als die alten? Es liegt zwar eine Gegenüberstellung der neuen und alten Statuten vor, im B+A wird aber nicht erläutert, inwiefern die Anpassungen nun Vorteile bringen. Vielleicht könnte der Stadtrat hier noch kurz erläutern, wie insbesondere die Anpassungen mit der neuen Geschäftsleitung von Vorteil sind. Im Speziellen auch deshalb, weil die Statutenüberarbeitung zweimal von Seiten der Stadt Kriens interveniert wurde. Dann würde die Grüne/GLP-Fraktion noch interessieren, was bei einem Austritt der Stadt Kriens geschehen würde. Insbesondere auch da die Stadt Kriens zusammen mit Emmen Aufbauinvestition getätigt hatte und nach dem neuen Art. 6 Abs. 4 wohl keinen Ersatzanspruch hat. Des Weiteren fehlt der Grüne/GLP-Fraktion die Nachhaltigkeit. Die Stadt Kriens hat im letzten Sommer den Klimanotstand ausgerufen. Dementsprechend soll sie bei ihrem Handeln den Themen Nachhaltigkeit und den Auswirkungen auf das Klima die entsprechende Bedeutung beimessen. Fehlt in den Statuten nicht ein Artikel, der ein solches Verhalten forciert bzw. fordert, so dass die GICT beispielsweise Empfehlungen des Verbandes Green IT für eine nachhaltige IT umsetzen würde? Vielleicht könnte man so etwas auch in eine Eigentümerstrategie aufnehmen, wie sie die CVP gefordert hat. Nun noch zum Genehmigungsvorbehalt durch den Einwohnerrat. Schliesslich möchte der Stadtrat den Genehmigungsvorbehalt durch den Einwohnerrat bei zukünftigen Statutenänderungen streichen. Die Grüne/GLP-Fraktion hat diesbezüglich den Antrag gestellt den Genehmigungsvorbehalt beizubehalten. Sie sieht nämlich nicht, weshalb mit den neuen Statuten der «Schutz der Krienser Interessen» nun auch ohne Einwohnerrat besser sichergestellt ist. Wenn *«mit dem Beitritt weiterer Gemeinden [...] die «Gefahr» der Übermacht von Emmen gebannt»* ist, ist dies doch kein Argument den Einwohnerrat nun aussen vorzulassen. Andernfalls hätte es den Genehmigungsvorbehalt doch gar nie gebraucht. Denn sie hofft doch sehr, dass der Stadtrat auch schon zu dieser Zeit nur das Beste für die Stadt Kriens wollte und eine «Emmer Übermacht» zu verhindern versuchte. Zudem stehen ja Statutenänderungen wohl nicht auf der Tagesordnung, wie es die FDP-Fraktion gesagt hat. Die Grüne/GLP-Fraktion ist gespannt auf die Antworten und Ausführungen des Stadtrats und hofft, dass man anschliessend einen aufgeklärten Entscheid treffen kann. Wenn der Stadtrat ihre Bedenken bezüglich des Genehmigungsvorbehaltes aus der Welt schafft, würde die Grüne/GLP-Fraktion diesen auch zurückziehen.

Gemäss Kurt Gisler hört man nun seit 15 Minuten wie gross die Erfolgsstory von GICT ist. Wieso hat die Wirtschaftsförderung bis heute noch nicht reagiert und versucht das erfolgreiche Unternehmen nach Kriens zu holen?

Franco Faé erläutert, dass die KFG anlässlich ihrer letzten Sitzung informiert wurde. Viele wussten bisher noch nicht, wie GICT funktioniert. Man hielt es für wichtig, dass heute Camil Erni den GICT vorstellt. Er macht dies in einer Kurzversion. Camil Erni ist der 2. Geschäftsführer von GICT und seit rund 14 Monaten im Einsatz.

Camil Erni freut sich sehr über die Möglichkeit den GICT vorstellen zu dürfen. Nur kurz zu seiner Person. Er ist 36-jährig, verheiratet, hat zwei kleine Kinder und wohnt in Beckenried. Seit November 2018 ist er Geschäftsführer des GICT. Vieles wurde bereits gesagt, weshalb er gewisses abkürzt. GICT wurde im 2014 gegründet. Emmen und Kriens erkannten das grosse Synergiepotential. GICT ist wirklich eine Erfolgsgeschichte, denn man hatte laufenden Zuwachs von Verbandsgemeinden. Heute sind es 16 in der Anzahl. Die anderen 14 Gemeinden sind jedoch in der Grösse nicht mit Emmen und Kriens vergleichbar. Einige grössere Gemeinden sind Nottwil und Ruswil. Ruswil ging gerade im Januar 2020 live. Nebst den Verwaltungen der Verbandsgemeinden dürfen auch Schulen, Betagtenzentren oder Badis betrieben werden. Aktuell sind es rund 8'000 Benutzer mit 3'000 Arbeitsplätzen. Der grosse Unterschied ist vor allem den Schulen mit ihren Schülerinnen und Schülern und Teilzeitpensen geschuldet. Der grosse Grundsatz und grösste Vorteil ist, dass man sich den IT-Herausforderungen gemeinsam als Verband mit GICT als Verbandszentrum stellt. Man hat wirklich die Möglichkeit es gemeinsam anzugehen, weil alle Gemeinden und Städte mit den gleichen IT-Herausforderungen konfrontiert sind. Anstatt dass es jeder für sich löst, löst man es so halt zusammen. Hinter einem solchen Unternehmen stehen auch immer Personen. Es sind 26 Mitarbeitende mit 3 Lernenden, welche in zwei Teams aufgeteilt sind. Mittlerweile sind es 11 Systemtechniker, welche die Systeme bauen und unterhalten. Dann gibt es die Informatiker-Servicedesk an der Front, welche Telefone entgegennehmen und zu den Kunden hinausgehen. Als Stabstellen gibt es noch Projektleiter und Administration. Man ist wirklich ein sehr eingespieltes Team. Das Leitungsteam besteht nebst dem Sprechenden aus Marco Häfliger, Leiter Systemtechniker, Michael Streib, Leiter Servicedesk und Stefan Konzelmann, ICT-Projektleiter. Letzterer leitet die grossen Projekte auf Seite Informatik wie beispielsweise den anstehenden Ausbau der Schulhäuser auf WLAN für den Lehrplan 21. Ein grosser Erfolgsfaktor von GICT ist, dass die Informatik effizient betrieben werden kann, indem sie virtuell betrieben wird. Das heisst man hat nicht einen Computer oder Notebook, worauf die ganze Rechenleistung passiert. Bei GICT ist es so, dass die gesamte Rechenleistung von den Endbenutzern im zentralen Rechenzentrum des GICT passiert. Bei den Arbeitsplätzen gibt es nur noch kleine Böxli, welche die Bilder übertragen. Diese Daten liegen alle im Rechenzentrum. Dahinter steht auch ein grosser Sicherheitsaspekt, da die Daten zentral verwaltet und gemanagt werden können. Dies erlaubt eine effiziente Betreuung und Wartung. Bei den Verwaltungen gibt es keine Daten in der Cloud. Wie bereits gesagt sind alle Daten im Rechenzentrum in Emmen und ein Backup passiert im jeweiligen Gebäude in einem kleinen Rechenzentrum. Vorher wurden auch die Kosten angesprochen. GICT arbeitet mit einer Servicepauschale, welche in den letzten zwei Jahren gesenkt werden konnte. Pro Arbeitsplatz wird eine Pauschale an die Verbandsgemeinden verrechnet. In dieser Pauschale ist alles enthalten, was den täglichen IT-Betrieb umfasst. Nicht enthalten sind kundenindividuelle Projekte. Man versuchte alles in die Pauschale aufzunehmen, was alle Verbandsgemeinden gleich brauchen. Das heisst die gesamte Hardware, welche im Gebäude des Kunden ist, ist nicht drin, weil die einen schaffen den Ferrari und andere den Peugeot für Informatik-Hardware an. Deshalb hat man dies nicht in diese Pauschale aufgenommen. Man wollte dies fair halten. Der Sprechende kommt nun zu den wichtigsten Vorteilen. Wie bereits vorhergesagt, ist für ihn der Vorteil, dass man sich eben gemeinsam den Herausforderungen stellt und ein neutraler Ansprechpartner vorhanden ist. Es gibt keine Verhandlungen mit irgendwelchen Lieferanten. GICT ist auf öffentliche Verwaltungen und Schulen ausgerichtet. Die Mitarbeitenden haben entsprechendes Branchenwissen. Die kalkulierbaren, konstanten IT-Kosten sind mit der Pauschale abgedeckt. Wenn die IT selbst betrieben wird, hat man all vier Jahre diese Investitionspeaks, weil neue Hardware angeschafft werden muss. Diese muss dann wieder abgeschrieben werden. Das entfällt hier komplett. Wichtig ist die Sicherstellung der Finanzierungssicherheit anstelle der Gewinnorientierung. Bei einer

privaten Firma würde mehr die Gewinnorientierung im Fokus stehen. Bei GICT können die Verbandsgemeinden mit ihren Delegierten entscheiden, wo das Unternehmen hingehet und was man gemeinsam erreichen möchte. Die Wachstumsstrategie hat nicht er als Geschäftsführer entschieden, sondern wird vom Vorstand strategisch vorgegeben. Camil Erni möchte noch etwas Persönliches loswerden. Er ist zwar Geschäftsführer des GICT, aber er ist überzeugt, dass es wirklich eine gute Sache ist. Es ist richtig, dass sich Gemeinden zusammenschliessen, auch wenn es vielleicht bald ein Viertel von allen Luzerner Gemeinden sind. So können die Herausforderungen gemeinsam angegangen und gelöst werden und nicht jeder muss sein Süppchen selbst kochen.

Gemäss Franco Faé wurde bereits vieles gesagt. 2014 wurde GICT gegründet und zwar zwischen den Gemeinden Emmen und Kriens. Seither ist der Verband sehr stark gewachsen. Man darf sicher sagen, dass dies eine Erfolgsgeschichte im Kanton Luzern ist, was nicht ganz selbstverständlich ist. Es gab bereits schon solche Organisationen, welche scheiterten. Heute sind es 16 Gemeinden, welche diesem Verband beigetreten sind. Ballwil und Ruswil sind ab diesem Jahr neu im Verband. Erfreulich ist sicher, dass durch diesen Synergieeffekt und das erreichte Mengengerüst die Kosten immer laufend gesenkt werden konnten. Die Feststellung, dass Anpassungen dringend notwendig sind, merkte man schon etwas früher. Auch Kriens hat anlässlich der Delegiertenversammlung im kleinen Rahmen interveniert, dass die Statuten unbedingt angepasst werden müssen. Wieso? Raoul Niederberger hat dies auch gefragt. Einerseits stellte man fest, dass die Entscheidungen in der IT-Welt relativ langsam von statten gehen. Dort konnte man sich sicherlich verbessern. Dies war ein grosser Teil, welcher hinter den Statuten steckt. In der Führung ist es auch nicht ganz unproblematisch. Bis jetzt ist es so, dass der Geschäftsführer der alleinige Leiter ist und keine Stellvertretung hat. Mit Ausnahme der Delegiertenversammlung ist niemand da, welche den Geschäftsführer aktiv unterstützen kann. Wichtige Entscheidungen muss er alleine tragen und die Verantwortung liegt bei ihm. Man merkte auch, wenn einmal mit dieser Person etwas ist, besteht ein Klumpenrisiko. Deshalb hat man beschlossen eine Arbeitsgruppe einzusetzen, welche Anpassungen zu den Statuten vornimmt. Diese sind weit gegangen und man führte intensive Abklärungen. Wichtige Neuerungen daraus sind, dass man eine Geschäftsleitung mit einem Geschäftsführer und zwei Mitgliedern von der operativen Seite haben möchte. Zwischen den Delegierten und der Geschäftsleitung will man einen Vorstand installieren, dass nicht die Delegierten einen Grosseinfluss nehmen müssen. Es dürfen auch keine Delegierten in diesem Vorstand dabei sein, sondern es ist eine gewisse Fachkompetenz vorausgesetzt. In den Gesprächen hat man geregelt, dass Kriens mit zwei Vertretern in diesem fünfköpfigen Vorstand vertreten ist. Speziell war, was Kriens auch immer wieder zu spüren bekam, dass alle Verbandsgemeinden bis auf Kriens bereits im November den Statuten zugestimmt haben. Auch Emmen musste nicht via Einwohnerrat die Statuten bewilligen lassen. Das führt zu ganz langen Verzögerungen, was man ja eigentlich nicht möchte. Deshalb soll der Stadtrat künftig die Kompetenz haben die Statuten anzupassen. Weitere Projekte stehen bereits an. Aktuell läuft die Umstellung auf Windows 10. Diese Umstellung geht auf einer Gemeinde nicht so schnell wie an einem anderen Ort. Man ist voll im Gang, wozu es auch umfangreiche Abklärungen brauchte. Auch mit dem Lehrplan 21 sind neue Herausforderungen für die Gemeinden, aber auch GICT dazugekommen. Anlässlich der KFG-Sitzung wurde gefragt, wie viel ein Hardware-Arbeitsplatz in Kriens kostet. Dieser besteht normalerweise aus einer Tastatur, einer Maus, zwei Bildschirmen und der Dockingstation für das Surface. Das Surface haben jedoch nicht alle Mitarbeitenden. Ein Arbeitsplatz mit einem Surface kostet rund Fr. 2'670.00. Grundsätzlich hat man nichts Spezielles ausser beispielsweise das Steueramt hat aufgrund der vielen Zahlen die grösseren Bildschirme. Der Sprechende kommt nun zu den gestellten Fragen. Der Kostenvergleich der neuen Gemeinden und Interessen zeigt es ja eigentlich schon. Es ist nicht ganz einfach diese Zahlen mit anderen Gemeinden oder Rechenzentren zu vergleichen. Wie sich das Wachstum in der Vergangenheit gezeigt hat, ist der Preis pro Arbeitsplatz bei GICT attraktiv. Das Controlling intern darf man sicherlich nicht vernachlässigen. Intern finden auch immer wieder Sitzungen statt, auch ein monatliches Jour-Fix, wofür sich Camil Erni Zeit nimmt. Die Frage, ob sich der GICT-Einsatz gelohnt hat, kann der Sprechende nur bejahen. Für Kriens hat es sich sicher gelohnt, denn man hat eine ganz kleine Stellenbesetzung. Da GICT die kompetenten Arbeiten macht, hat man diese Kosten nicht zusätzlich. Gefragt wurde noch, ob die Mitarbeitenden mit der IT zufrieden sind. Er glaubt, dass es immer wieder Sachen gibt, die einen stören, aber man arbeitet mit GICT gut zusammen. Die Tickets werden von GICT in einer zufriedenstellenden Art und Weise erledigt. Es wird im März eine Umfrage innerhalb der Verwal-

tung zur Zufriedenheit geben. Das wird auch ein Fragepunkt sein, welcher anonym abgefragt wird. Nun zur Finanzstrategie in Bezug auf die IT-Projekte. Die IT Kriens wird überdenkt. Es ist keine Absicht aus dem Verband auszutreten, sondern einen Vergleich anzustellen, gewisse Fragen zu klären und so weiter zu gehen. Beim Stimmrecht gibt es eine Änderung, aber man muss ganz klar sehen, dass beim Start nur Emmen und Kriens Mitglied waren. Emmen hatte eine kleine prozentuale Überlegenheit. Kriens wäre komplett fremdbestimmt gewesen. Man ging die Fairness ein, hier ein Vetorecht einzusetzen. Heute mit 16 Gemeinden betrachtet es der Stadtrat gegenüber den anderen Gemeinden als nicht fair. Man hat das Gefühl, dass man nun die richtige Lösung gefunden hat. Die längere Bearbeitung wurde noch angesprochen. Er bestätigt, dass es eine umfangreichere Abklärung war. Man hat über verschiedene Strukturen gesprochen, auch ob allenfalls die Verbandslösung richtig ist oder man in Richtung einer AG gehen möchte. Die Ausrichtung und die Organisationsentwicklung musste man zusammenfinden. Die Statuten wurden auch noch juristisch geprüft. Deshalb braucht das Ganze halt seine Zeit. Die Wahl des Delegierten wird nach wie vor zu Beginn der Legislatur vom Einwohnerrat vorgenommen. Raoul Niederberger fragte, was die Verbesserungen bringen. Franco Faé hat es bereits vorher schon erwähnt. Es geht vor allem darum der heutigen Grösse des Verbandes Rechnung zu tragen, dass im Führungsmodell die Unterstützung der Geschäftsleitung da ist. Auch dass die kleineren Gemeinden mit ihrem Stimmrecht zu Wort kommen. Selbstverständlich stehen die Protokolle auch weiterhin dem Einwohnerrat zur Verfügung. Sie sind bisher noch nicht alle aufgeschaltet, aber er hat veranlasst, dass dies noch gemacht wird. Der Austritt ist geregelt. Pro Arbeitsplatz-Beitrag wird das Gesamte finanziert. Hier hat Kriens keinen Anspruch auf irgendwelche Entschädigungen. Ein Austritt ist aber momentan auch kein Thema. Der Klimanotstand und der ökologische Aspekt ist nicht unbedingt ein Thema für die Statuten, aber sicher in der Strategie, damit man darauf Rücksicht nehmen soll. Camil Erni wird das sicher mit auf den Weg nehmen, dass man dies entsprechend berücksichtigt. Zum Antrag der Grünen/GLP-Fraktion wird er später noch etwas sagen. Zur Wirtschaftsförderung gibt er das Wort weiter an Cyrill Wiget.

Cyrill Wiget weiss nicht genau, wie ernst die Frage von Kurt Gisler war. Die Erfolgsgeschichte kam in erster Linie zustande, weil man gut zusammenarbeiten möchte. Der wichtigste Gründungspartner ist die Gemeinde Emmen, die den Verband beherbergt. Wenn man sich nun diesbezüglich gegeneinander wehrt, wäre dies nicht gut gekommen. Zudem ist es so, dass der GICT keinen Gewinn macht und dadurch auch gar keine Steuern einbringt. Der erzielte Gewinn wird jeweils mit den Beiträgen des nächsten Jahres verrechnet. Es wäre interessant, wenn Herr Erni seinen Wohnsitz noch Kriens verlegen würde.

Franco Faé möchte noch etwas loswerden. In den Statuten hat es noch drei kleine Fehler, nämlich bei Art. 4, 7 und 27. Er weist in der Detailberatung kurz darauf hin.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Statuten

Art. 4 lit. d

Gemäss Franco Faé ist der Art. 4 lit. d falsch. Es steht: „...für wichtige Beschlüsse gemäss Art. 11 Abs. 4...“ Es müsste aber heissen gemäss Art. 10 Abs. 5.

Art 7 Ziff. 4

Laut Franco Faé ist die Revisionsstelle doppelt aufgeführt, weshalb eine gestrichen wird.

Art. 27 Ziff. 1

Auch hier ist gemäss Franco Faé der Verweis falsch, da es diesen Artikel gar nicht gibt. Dies wird an den Vorstand noch zurückgemeldet.

B+A**Seite 2**

Raphael Spörri kommt zum zweitletzten Absatz worin steht: „*Der Stadtrat Kriens gab eine Vernehmlassung ab und verlangte umfangreiche Anpassungen...*“ Was für Anpassungen waren dies?

Laut Franco Faé war es ein grosser Vorentwurf. Lothar Sidler und Guido Solari haben bereits zu Beginn als Juristisches Gehör mitgewirkt. Es brauchte einige Anpassungen, welche er im Detail jedoch nicht mehr weiss. Es waren sicherlich zehn Positionen, welche zu einem Gespräch geführt haben. Man konnte es gut miteinander aushandeln und Lösungen konnten gefunden werden.

Raphael Spörri ist es wichtig, dass Gespräche stattgefunden haben und es geregelt werden konnte.

Seite 3

Daniel Rösch stellte in seinem Eintretensvotum noch eine Frage zum Wachstum von GICT. Auf dieser Seite wird angetönt, dass noch weitere Gemeinden GICT beitreten sollen. Wie sieht es der Stadtrat mit dem Wachstum von GICT? Wenn man rundet ist GICT bereits für rund ein Viertel aller Luzerner Gemeinden für die IT verantwortlich. Wie soll GICT wachsen? Ist es das Ziel, dass GICT einmal für die Hälfte aller Luzerner Gemeinden für die IT verantwortlich ist? Was ist die Vision des Stadtrates?

Laut Franco Faé kann nicht mehr Kriens alleine entscheiden, wie die Strategie aussieht. Es wird selbstverständlich diese bereits genannte IT-Strategie von Kriens geben. Hier geht es aber um die Gesamtstrategie. Diese muss der Vorstand zusammen mit der Geschäftsleitung erarbeiten. Das wird danach in die Delegiertenversammlung kommen. Der Delegierte wird dafür mandatiert und informiert dann den Stadtrat. Der Weg ist eigentlich klar, wie eine zukünftige Ausrichtung aussieht. Nun kommt der Sprechende zum Aber. Es finden intern ständig Gespräche mit den betroffenen Personen statt. Er sagt nichts falsches, wenn Kriens schon ein paar Mal erwähnt hat, dass ein Ausbau der GICT nur unterstützt wird, wenn dahinter die Ressourcen stimmen. Kriens möchte einfach verhindern, dass es Probleme gibt und die IT nicht mehr sauber funktioniert. Die Alarmglocken sind scharf und das Controlling intern wird gemacht. Wenn man merkt, dass es nicht geht, kann der monatliche Jour-Fix genutzt werden. Die Strategie, wie gross GICT noch werden soll, muss in einem nächsten Schritt festgelegt werden, wenn es um die Eignerstrategie geht.

Antrag Grüne/GLP zu Beschlusstext

Raoul Niederberger beantragt im Namen der Grüne/GLP-Fraktion die Ziffer 2 im Beschlusstext ersatzlos zu streichen. Sie ist der Meinung, dass die neuen Strukturen ohnehin ein flüssigeres und schnelleres Arbeiten ermöglichen. Wie bereits am Anfang angetönt wurde, stehen Statutenänderungen nicht jedes Jahr auf dem Programm. Dies war nun ohnehin ein grösserer Prozess und es gab eine Verzögerung von drei Monaten. Mit dem kann man leben. Neben Emmen ist Kriens die einzige Verbandsgemeinde mit einem Einwohnerrat. So ist man ohnehin in einer Sondersituation. Deshalb kann der Genehmigungsvorbehalt durchaus so belassen werden.

Gemäss Martin Zellweger sieht es die SVP-Fraktion nicht als Aufgabe des Einwohnerrates direkt auf den Verband einzuwirken, auch wenn es sich dabei nur um die Genehmigung von Statutenänderungen handelt. Die Führung über den durch den Einwohnerrat gewählten Delegierten sowie durch die von Kriens gestellten Vorstandsmitgliedern soll genügen. Bei der Informatik handelt es sich nicht um eine

Kernaufgabe der Gemeinde, wie beispielsweise bei den Heimen. Trotzdem wäre auch bei GICT eine Eignerstrategie angesagt. Der Stadtrat sollte im Rahmen ihrer Informatikstrategie aufzeigen, welche Rolle GICT spielt und welche Erwartungen dabei in Zukunft an den Verband gestellt werden. Die Entwicklung der Leistungen und Kosten sollte anhand dieser Zielsetzungen gemessen und überwacht werden. Laufende Konkurrenzvergleiche gehören dazu. Auch hier liegt weiterhin eine wichtige Controlling Aufgabe beim Finanzdepartement.

Franco Faé meint, dass Martin Zellweger das Wesentliche bereits gesagt hat. Der Verband ist stark gewachsen und es ist eine erfolgreiche Geschichte. Das hat auch die Auseinandersetzung mit den Statuten gezeigt. Es dauerte auch seine Zeit. Als Ziel wollte man, das man schneller zu Entscheidungen kommt. Das kann man nur, wenn die Wege verkürzt werden und man nicht unnötige Sachen macht. Dieses Mal waren die Änderungen jedoch umfangreicher. Diese wurden sauber und seriös vorbereitet. Die Rückfragen haben dies bestätigt. Emmen hat auch einen Einwohnerrat und dort kann der Gemeinderat selber entscheiden. Den Weg, den der Stadtrat für kleine Änderungen in den Statuten machen muss, sieht man nun. Dies bedeutet Mehrarbeit für den Stadtrat, weil er das Geschäft zwei Mal behandeln muss. Das Ganze dauerte rund drei Monate. Diese zeitliche Verzögerung ist gegenüber den Partnern nicht ganz fair. Deshalb beantragt der Stadtrat an dem vorhandenen Text festzuhalten.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag Grüne/GLP (Streichung Ziff. 2)

Mit 21:6 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Albrecht, Michèle	StR: gemäss Antrag
Bienz, Viktor	StR: gemäss Antrag
Binggeli, Michèle	StR: gemäss Antrag
Büchi, Cla	StR: gemäss Antrag
Burkhardt-Künzler, Anita	StR: gemäss Antrag
Camenisch, Räto	StR: gemäss Antrag
Ercolani, Enrico	StR: gemäss Antrag
Fluder, Hans	StR: gemäss Antrag
Frauenknecht, Marco	StR: gemäss Antrag
Gisler, Kurt	StR: gemäss Antrag
Gomer-Beacco, Bettina	StR: gemäss Antrag
Hunziker, Manuel	Grüne/GLP: Streichung Ziff. 2
Kobi, Tomas	Grüne/GLP: Streichung Ziff. 2
Koch, Patrick	Grüne/GLP: Streichung Ziff. 2
Lammer, Thomas	StR: gemäss Antrag
Niederberger, Raoul	Grüne/GLP: Streichung Ziff. 2
Nyfer, Nicole	StR: gemäss Antrag
Portmann, Michael	Grüne/GLP: Streichung Ziff. 2
Portmann, Peter	StR: gemäss Antrag
Purtschert, Bruno	StR: gemäss Antrag
Rösch, Daniel	StR: gemäss Antrag
Schwarz, Erwin	StR: gemäss Antrag
Spörri, Raphael	Enthaltung
Stofer, Peter	Grüne/GLP: Streichung Ziff. 2
Tanner, Beat	StR: gemäss Antrag
Vonesch, Andreas	StR: gemäss Antrag
Wendelspiess, Ursula	StR: gemäss Antrag
Zellweger, Martin	StR: gemäss Antrag

Roger Erni liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Die Statuten 2019 des Gemeindeverbandes Information and Communication Technology (GICT) werden genehmigt.*
2. *Der Einwohnerrat verzichtet inskünftig auf den Genehmigungsvorbehalt bezüglich der Statuten GICT.*

3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 260/20:

Der Beschlusstext wird mit 28:0 Stimmen genehmigt.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

5. Bericht Postulat Niederberger: „Zwischennutzungskataster“

Nr. 177/19

Laut Roger Erni ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Raoul Niederberger dankt dem Stadtrat für den Bericht zu seinem Postulat. Wie auch der Stadtrat richtig erkannt hat, sind Zwischennutzungen von grosser Bedeutung. Besonders für Städte und Gemeinden wie Kriens in denen viel gebaut wird, können sie grosse Leerstände verhindern und helfen Lücken im Erscheinungsbild von öffentlichen Zonen zu schliessen. Bestes Beispiel ist das Neubad in Luzern. Anstatt einer Baubrache oder baufälliger Betonruine erlebt das alte Hallenbad eine zweite Blütezeit und hat sich in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Kultur- und Begegnungszentren in der Innerschweiz entwickelt. Der Sprechende hofft, dass man mit der Luzerner Raumbörse, welche nun auch temporäre Freiflächen aufführen soll, weitere solche Erfolgsgeschichten schreiben kann. Damit es aber so weit kommen kann, muss die Plattform wohl noch etwas an Bekanntheit gewinnen. Er hat sich bei den Vorbereitungen zu diesem Votum etwas auf der Plattform umgesehen: Es finden sich darauf 315 Angebote, wobei die allermeisten auf die Stadt Luzern entfallen. In Kriens finden sich immerhin 34 Angebote und somit am zweitmeisten Angebote. Von diesen 34 Angeboten haben aber nur zwei etwas mit einer Zwischennutzung zu tun. In beiden Fällen wird die Möglichkeit eines Pop-Up Stores angeboten. Es braucht also noch etwas Anschub, damit die Plattform auch wirklich als Zwischennutzungskataster funktionieren kann. Leere bzw. brache Flächen gibt es in Kriens ja schliesslich einige. Beispielsweise beim alten Motel Pilatus oder seit letztem Winter beim eigentlichen Eingang nach Kri-

ens dem Eichhof West direkt neben der Autobahn. Raoul Niederberger hofft, dass der Stadtrat sich hier noch einmal bemüht und zusammen mit den anderen Gemeinden, insbesondere den K5 sowie der Luzerner Wirtschaftsförderung versucht der Plattform Luzerner Raumbörse den nötigen Bekanntheitsgrad zu verpassen und damit zu einer lebendigen und vielfältigen Stadt Kriens beiträgt.

Ursula Wendelspiess bedankt sich im Namen der CVP/JCVP-Fraktion beim Postulanten für sein Postulat und dem Stadtrat für seinen Bericht. Sie ist mit diesem zufrieden, denn sie ist der Ansicht, dass es nicht Aufgabe der Stadt sein soll ein solches Zwischennutzungskataster selber zu führen. Die CVP/JCVP-Fraktion findet aber die Idee nach wie vor gut, wenn Räume eben zwischengenutzt werden können und nicht einfach brach liegen. Sie findet, dass man das bestehende Instrument der Raumbörse nutzen sollte. Die Homepage ist gut und übersichtlich gestaltet. Allerdings hat die Sprechende noch keinen Link auf der Homepage der Stadt Kriens gefunden. Dies wäre ihrer Meinung nach nötig und sinnvoll. Beim Direktzugriff gibt es ja die Spalte mit den Raummieten, wo der Link zur Raumbörse beispielsweise ersichtlich sein sollte. So könnte auch diese den nötigen Bekanntheitsgrad erhalten. Die CVP/JCVP-Fraktion findet dies eine einfache, aber wirksame Variante.

Wenn gemäss Peter Portmann, SVP-Fraktion, Areale, Räume oder ganze Gebäude plötzlich nicht mehr genutzt werden können für das, wofür sie einmal erstanden oder gebaut wurden, bietet sich unverhofft Raum für Neues. Als Zwischennutzung ist befristete Nutzung baulicher Anlagen gemeint. So werden durch temporäre Vermietung die laufenden Kosten gedeckt. Es werden Flächen aktiviert, Gewerbe und Handel zu neuem Leben erweckt. Zwischennutzungen können auch Quartiere aufwerten, indem bestehende Anlagen neu aktiviert werden. Unbewohnte Häuser oder leerstehende Industrieanlagen regen die Fantasie vieler Gruppierungen an. Das hat man nicht vor langer Zeit in der Luzerner Obergrundstrasse und Eichwäldli erlebt, als die Hausbesetzer-Szene wieder zuschlug. Wie im Bericht des Stadtrates erwähnt wird, werden in der Region Plattformen der Wirtschaftsförderung und der Raumbörse betrieben, welche diese Dienstleistung anbieten. Aus diesem Grund ist die SVP-Fraktion auch der Meinung wie der Stadtrat, dass ein eigener Krienser Kataster keinen Sinn macht. Gefragt ist regionale Zusammenarbeit.

Die FDP-Fraktion unterstützt laut Daniel Rösch die Haltung des Stadtrates, dass grundsätzlich die Eigentümer selber für die Vermarktung ihrer Grundstücke verantwortlich sind. Das war ein Grund warum sie seinerzeit gegen die Überweisung dieses Postulats war. Sie erachtet es aber als sinnvoll, dass mit der Raumbörse jetzt auf bestehendes Instrument zurückgegriffen wird und nicht eine eigene Lösung ausgearbeitet wurde. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Berichterstattung.

Bettina Gomer-Beacco, SP-Fraktion, bedankt sich beim Stadtrat für die Antwort. Die SP-Fraktion glaubt auch, dass die Raumbörse Luzern eine gute Sache ist. Sie ist übersichtlich und vielfältig und hat einen einfachen Filter, der verschiedene Suchabfragen zulässt. Ausserdem ist sie überregional, der Such-Fokus wird somit vergrössert, was Kriens sicher zugutekommt. Sie sieht aber noch ein bisschen Verbesserungspotenzial. Auch aus dem Bericht des Postulats erfährt man, dass die Raumbörse 2020 überarbeitet wird und die Stadtverwaltung Kriens über den Projektpartner Wirtschaftsförderung Luzern Einfluss auf die Neuausrichtung nehmen kann. Darum hier auch gleich Vorschläge: Beim Such-Filter könnte die Raumgrösse eventuell als zusätzliche Auswahl hinterlegt werden, auf jeden Fall sollte sie bei der Ausschreibung als Pflichtfeld vorhanden sein. Beim Preis ist jeweils nicht ersichtlich, was gemeint ist. Pro Tag, pro Nutzung, pro Monat, pro Quadratmeter? Eine genaue Definition würde Klarheit schaffen. Und als allerwichtigstes erscheint ihr die Werbung für dieses Format. Von der SP-Fraktion hat das bisher noch niemand gekannt. Es wäre eine ganz coole Sache. Auch die Sprechende hat gemerkt, dass auf der Homepage der Stadt Kriens kein Link vorhanden ist. Das wäre ein guter Anfang. Nichts desto trotz, gefällt der SP-Fraktion die unkomplizierte Umsetzung des Postulats. Sie hofft, dass die Raumbörse noch erfolgreich wachsen wird.

Cyrill Wiget freut sich über die positive Entgegennahme sowie die Erkenntnis, dass Zwischennutzungen ein Profil haben, welche die Gemeinde für das Gewerbe oder Sozialräume unterstützen. Ganz generell geht es ja nicht darum Zwischennutzungen immer zu verstehen wie bei Häuserbesetzungen. Es geht hier um das Andritz Hydro-Areal, was eine enorme Bedeutung für das Gewerbe hat. Die Hallen sind fast alle vollständig genutzt, bis es dort weitergeht. Dass der Einwohnerrat die Raumbörse auch sieht und es ein gutes Instrument findet, freut den Sprechenden. Es ist klar, dass noch ein gewisser Support nötig ist. Die Seite ist privat betrieben und hat noch nicht den intensiven Nutzen, den man eigentlich haben möchte. Die Bekanntheit fehlt noch. Er dankt für die Vorschläge der CVP/JCVP und der SP-Fraktionen und nimmt diese gerne entgegen. Man wird dies weiter beobachten und hofft, dass nicht selber etwas gemacht werden muss.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

6. Bericht Postulat Ercolani: Tempo 30, Verbesserung Verkehrssituation im Zentrum von Kriens **Nr. 193/19**

Laut Roger Erni ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Enrico Ercolani dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Er ist nicht ganz zufrieden und hat deshalb Fragen, Bemerkungen und Anregungen dazu. Am 19. März 2019 wurde das Postulat überwiesen. Warum geht das fast ein Jahr, bis nun die Antwort vorliegt? In der Beantwortung steht, dass eine Testplanung mit den kantonalen Dienststellen vorgesehen ist. Was heisst das, Planungsbeginn am St. Nimmerleinstag? Der Stadtrat erkennt die Vorteile einer Tempo-30-Zone im Zentrum. Er schreibt im Detail was diese Massnahme bringen könnte. Um wie viel Uhr darf mit dem Beginn der Testphase gerechnet werden? Leider kann der Stadtrat zurzeit auch keine Angaben machen, wie viel die Einführung kostet und ob der Kanton auch daran bezahlen müsste. Es handelt sich ja um eine Kantonsstrasse. Bis wann darf man konkrete Zahlen erwarten? Enrico Ercolani bittet den Stadtrat bei der Planung besonders darauf zu achten, dass nach Einführung der Tempo-30-Zone keine Ampeln und keine Fussgängerstreifen in diesem Bereich vorhanden sind, denn Ampeln und Fussgängerstreifen fördern den Stau. Fussgängerstreifen sind gefährlich und verhindern den grossen Vorteil, dass Autofahrer und Fussgänger in der 30er Zone aufeinander Rücksicht nehmen. Das freundliche Handzeichen bringt mehr Sicherheit als die Fussgängerstreifen. Dies beweisen Erhebungen in Städten und Gemeinden, in denen solche Zonen eingeführt wurden. Die Unfallzahlen gingen zurück. Der Sprechende bittet den Stadtrat das Projekt Tempo-30-Zone im Zentrum zu beschleunigen und dankt im Voraus für die Bemühungen.

Bruno Purtschert, CVP/JCVP-Fraktion, dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulates. Der Postulant wollte Auskünfte zu Tempo 30 im Zentrum von Kriens anhand von Zahlen und Modellen. Insbesondere interessierte er sich für die Auswirkungen auf Verkehrsfluss, Sicherheit, Lärmreduktion und Schadstoffminderung. Zu diesen Themen ist in der Antwort des Stadtrates leider nicht viel zu finden. Neben ein paar allgemeinen Ausführungen und dem Hinweis auf das Gesamtverkehrskonzept wurde auf die Zusammenarbeit mit der kantonalen Dienststelle hingewiesen. Scheinbar ist eine Testplanung vorgesehen. Dafür ist ein Betrag von Fr. 300'000.00 in der Investitionsrechnung eingesetzt. Die CVP/JCVP-Fraktion fragt sich, ob - wenn ein so hoher Betrag vorgesehen ist - wirklich noch nicht mehr ausgesagt werden kann. Es kann sein, dass noch nicht mehr Informationen zu den Fragen von Enrico Ercolani zur Verfügung stehen. Wenigstens hätte sie aber interessiert, wie das Vorgehen für so eine Testplanung und allenfalls Test ist. Was geschieht im Jahr 2020 mit den Fr. 300'000.00? Wie ist der Zeithorizont? Wann ist mit Ergebnissen zu rechnen? Allenfalls kann der zuständige Stadtrat heute noch mündlich weitere Informationen abgeben.

Marco Frauenknecht, SVP-Fraktion, dankt dem Postulant für das Postulat und dem Stadtrat für seinen Bericht. Er hat bereits gestern Abend gesagt, dass er Kriens nicht mit Köniz vergleicht. Trotzdem hat er dies nun einmal gemacht. Wenn man von Köniz spricht, spricht man von einer Achse, zwei Buslinien, welche täglich im 5-Minuten-Takt durchfahren. In Kriens gibt es eine Kantonsstrasse und eine Achse die gleich verläuft und eine die von Horw her kommt. Dann gibt es 6 Buslinien, die im 6-10 Minuten-Takt durchfahren. Er hat auch gelesen, dass man an einer Testphase mit der Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) ist. Der Sprechende arbeitet dort und weiss, dass man dort dran ist. Jedoch handelt es sich um eine Kantonsstrasse, welche in der Obhut des Kantons ist. Wenn die Stadt Kriens etwas möchte, hat sie einen Antrag zu stellen. Wenn kein Antrag überwiesen wird, erhält man auch keine Antwort zurück. Hier geht es darum auf der Hauptverkehrsachse eine Tempo-30-Zone zu machen. Bei der Luzernerstrasse handelt es sich um eine verkehrsorientierte Strasse. Eine verkehrsorientierte Strasse hat Ampeln und Fussgängerstreifen, weil es zu viel Verkehr hat. Der Jüngste und Älteste muss sicher über die Strasse gehen können. Fussgängerstreifen ist nicht gleich Sicherheit, sondern gleich Vortrittsrecht. Die SVP-Fraktion bedankt sich für den Bericht, aber hält den Finger hoch. Es kann nicht sein, dass man nur von der Kantonsstrasse spricht, sondern es geht um das Gesamtverkehrskonzept Kriens. Die Bevölkerung hat in einer Abstimmung bestimmt, dass die Schachen-/Amlehnstrasse nicht geschlossen wird. Im GVKK ist diese Möglichkeit aber wiedergegeben. Das geht nicht. Man kann nicht eine Strasse für den Verkehr schliessen und den gesamten Verkehrsfluss auf eine Hauptstrasse hinauszwingen. Das geht nicht und da bringt auch Tempo 30 nichts. Auch in Bezug auf den Lärm nützt es nichts, weil Stop and Go auch in einer 30er Zone Lärm macht. Das darf man nicht ausser Acht lassen. Die SVP-Fraktion bedankt sich für den Bericht und hofft, dass die Fr. 300'000.00 dieses Jahr eingesetzt werden, um weiter gehen zu können und endlich mit dem GVKK vorwärts zu gehen.

Gemäss Cla Büchi sieht der Stadtrat den Gewinn einer 30-er-Zone für das Zentrum, was die SP-Fraktion sehr begrüsst. Er anerkennt, dass eine 30-er-Zone auch Vorteile für das Gewerbe hat und ein grosses Optimierungspotential für die Aufenthaltsqualität vom Zentrum bedeutet. Er führt auch aus, dass die Erfahrungen von anderen Orten zeigen, dass die Verkehrssicherheit zunimmt und es auch weniger Unfälle gibt. Umso erfreulicher ist, dass gerade von der FDP dieser Vorstoss kommt. Und so hofft die SP-Fraktion, dass somit die Akzeptanz von Links bis Rechts endlich gegeben ist. Der Sprechende schaut etwas zurück: 2001 hat das Siegerprojekt aus dem Planungswettbewerb einen Mehrzweckstreifen in der Mitte der Strasse und einen Boulevard vom Bellpark bis zur Schappe vorgeschlagen, um das Zentrum attraktiver zu gestalten. 2017 hat eine Bachelor-Diplomarbeit aufgezeigt, dass eine 30-er-Zone in Verbindung mit einem Mehrzweckstreifen die richtige Massnahme für das Zentrum wäre. Im 2018 hat die Interessengemeinschaft attraktives Kriens beim Regierungsrat eine Petition eingereicht mit der Forderung nach einer 30-er-Zone für weniger Lärm, mehr Aufenthaltsqualität, mehr Sicherheit, weniger Stau und für ein attraktives Ortszentrum. Und 2020, 19 Jahre nach dem Zentrumswettbewerb behandelt der Einwohnerrat einen Vorstoss, der die Prüfung von Tempo 30 und die Verbesserung der Verkehrssituation im Zentrum aufzeigen soll. Der Postulant verlangt vom Stadtrat, anhand von Zahlen und Modellen darzulegen, wie sich Tempo 30 auf den Verkehrsfluss, die Sicherheit, die Lärmreduktion und die Schadstoffminderung auswirken. Der Postulant bittet den Stadtrat abzuklären, was von Gesetzes wegen notwendig ist, damit Tempo 30 als Versuchsphase eingeführt werden kann. Dabei sollen zwei Varianten geprüft werden: Von der Harmonie bis Busschleife und der Tankstelle Einfahrt Schachenstrasse bis Morgenstern. Nur, wieso sieht man nichts von diesen Forderungen im Bericht zum Postulat? Man liest, wer sich schon alles Gedanken zu Tempo 30 gemacht hat und, dass an anderen Orten mit Erfolg Tempo 30 in Zentren umgesetzt worden ist. Weiter liest man, dass in diesem Jahr Fr. 300'000.00 für eine Testplanung eingestellt ist. Aber geplant und gefordert wird seit bald 20 Jahren. Wieso setzt sich der Stadtrat nicht mit Nachdruck endlich für eine konkrete Umsetzung ein? Es muss doch möglich sein, mit einfachen Massnahmen eine Testphase durchzuführen. Dann sieht man ganz konkret und es ist spürbar, was Tempo 30 an Gewinn bringt und man kommt zu wichtigen Erkenntnissen für eine definitive Umsetzung.

Gemäss Peter Stofer, Grüne/GLP-Fraktion, ist es nicht nur Enrico Ercolani, sondern alle Krienser, welche sich am täglichen Stau im Zentrum von Kriens stören. Es freut die Grüne/GLP-Fraktion, dass nun

langsam aber sicher Tempo 30 von links bis rechts auch auf der Hauptachse salonfähig wird. Ein solcher Versuchsbetrieb ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung und soll auch wirklich zügig in Angriff genommen werden. Eigentlich weiss man schon sehr viel. Man braucht kein Grundlagenforschungsprojekt zu Tempo 30. Der Stadtrat hat es erwähnt. Unter anderem wurde in Zug die Grabenstrasse mit Tempo 30 verkehrsberuhigt. Man hat in x Orten, welche letztlich auch vergleichbar sind, auf verkehrsorientierten Strassen solche Versuche gemacht und im Wesentlichen erfolgreich abgeschlossen. Wenn es gelingt mit einer Tempoabsenkung die Störung des Verkehrsflusses zu minimieren, steigt automatisch die Leistungsfähigkeit. Dann bringt man mit Tempo 30 mehr Autos durch das Zentrum als heute. Dass Tempo 30 positive Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit hat, liegt auch auf der Hand. Die Anhaltewege halbieren sich zwischen Tempo 50 und Tempo 30. Durch eine Absenkung der Geschwindigkeit von 50 auf 30 können die Lärmimmissionen laut Schweizerischen Lärmfachleuten zwischen 2.5 -4.5 dB gesenkt werden. Das ist wesentlich und ein grosser Teil von dem Beitrag, welcher der Kanton zu den immer noch offenen Lärmsanierungen der Luzernerstrasse leisten muss. Tempo 30 reduziert auch die Luftschadstoffe und den Energieverbrauch, wenn es gelingt den Verkehr auf dieser Achse stetiger zu gestalten. Das Beste kommt erst noch. Diese Vorteile können zu relativ günstigen und minimalen Kosten erreicht werden. Tempo 30 ist die mit Abstand billigste Sofortmassnahme. Es braucht einzig Schilder, Markierungen und eine Absprache mit dem Kanton. Das ist auch der Grund, weshalb diese Massnahme zu Oberst auf der Prioritätenliste des Gesamtverkehrskonzepts steht. Das GVKK wurde vor bald zwei Jahren vom Einwohnerrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Es ist nun also höchste Zeit, dass nicht nur geplant wird, sondern Nägel mit Köpfen gemacht wurden. Die Grüne/GLP-Fraktion erwartet vom Stadtrat, dass er hier Resultate aufzeigen kann. Es wurde richtig gesagt, dass diese Durchgangssachse nicht alleine angeschaut werden kann, denn es braucht flankierende Massnahmen. Genau das ist die Stärke des GVKK, denn damit wurde der gesamte Verkehr in der Stadt Kriens angeschaut. Es wurde aufgezeigt, dass man durchaus diese Schachen-/Amlehnstrasse neben der Hauptachse verkehrsberuhigen kann und als Gesamtpaket funktioniert. Im GVKK hat es Massnahmen und Ideen, welche geprüft wurden.

Patrick Koch staunt schon sehr, dass die Idee von Tempo 30 auf der Hauptverkehrsachse von der FDP kommt. Wie auch immer, man muss es im ganzen Kontext anschauen, sprich GVKK. Marco Frauenknecht hat die Schachen-/Amlehnstrasse bereits angesprochen. Einerseits will man auf der Luzernerstrasse Tempo 30 machen, damit weniger Autos durchfahren können. Zu den Stosszeiten ist die Schachen-/Amlehnstrasse eine wichtige Entlastungsstrasse zur Luzernerstrasse, auch wenn es der Stadtrat nicht wahrhaben möchte. Nun möchte man bei beiden Strassen eine Verkehrsberuhigung. Bei der Schachen-/Amlehnstrasse ist noch offen, was man möchte. Das bedeutet zugleich, dass man auf beiden Achsen in der Rushhour weniger Verkehr durchlassen kann. Dafür müssen keine teuren Simulationen gemacht werden. Er hat bereits mehrmals erwähnt, dass es im 2015 ein Tötungsdelikt an der Schachen-/Amlehnstrasse in der Rushhour gab. Die Strasse wurde daraufhin gesperrt und der gesamte regionale Verkehr ist deswegen zusammengebrochen. Das sind Fakten. Patrick Koch ist auch erstaunt, dass der Stadtrat den 600 Unterschriften der IG grosse Bedeutung beimisst. Er erinnert daran, dass dazumal 1'407 Unterschriften gegen das Strassenprojekt Schachen-/Amlehnstrasse gesammelt wurden. Das Referendum gewann klar und deutlich. Er wäre froh, wenn der Stadtrat diese Leute auch ernst nimmt. Es ist auch tragisch, dass man ein paar Jahre später mit einem Hosenlupf, nämlich dem GVKK, einfach den Volksentscheid wieder kippen möchte.

Martin Zellweger passt es nicht, wenn man ernsthaft nur das Zentrum isoliert betrachtet. Man spricht hier von einer Hauptachse. Wenn man dem Beispiel Köniz folgt, dann weiss man, dass es auch Entlastungsachsen braucht. Die gibt es dort nämlich und die sind nicht Tempo 30. Dazu existieren in Kriens lediglich die Schachenstrasse und die Horwer-/Alpenstrasse. Es ist jedoch kaum vorstellbar, dass sich die Aussenquartiere als Entlastungsachsen hingeben. Schon heute führt beispielsweise massiver Ausweichverkehr trotz Fahrverbot über die Josef-Schryber-/Klösterlistrasse. Diese Abkürzung wird übrigens, trotz Fahrverbot, auch von einigen hier Anwesenden regelmässig benutzt. Es sind teilweise dieselben die dann Tempo 30 unterstützen. Tempo 30 im Zentrum würde zwingend zu einer Verschlechterung der Situation in den Quartieren führen. Es wurde schon in den letzten Jahren das ganze Geld der Stadt Kriens nur für das Zentrum verwendet. Schiebt man jetzt bitte nicht auch noch den

Zentrumsverkehr in die Quartiere. Ansonsten ist man nicht besser als Luzern, welche Cars nach Kriens senden wollen. Sollte ein Tempo-30-Versuch stattfinden, dann sind diesbezüglich begleitende Massnahmen für die Quartiere zwingend.

Raphael Spörri liest heute im Velojournal: „Keine toten Velofahrer seit 1990 in Oslo und Helsinki“. Ein Grund dafür ist Tempo 30. Er gibt Recht, dass Kriens nicht Köniz ist. Aber man hat auch nie gesagt, dass Köniz Kriens ist oder umgekehrt. Köniz soll nur als Beispiel gelten, dass es eben funktionieren kann. Selbstverständlich ist auch für die Linken klar, dass wenn man den Test machen will, dass es auch gesamtheitlich angeschaut werden muss. Aber man kann jetzt sagen, ob es funktioniert oder nicht, wenn man es nicht ausprobiert. Köniz hatte vor x Jahren den Mut dies zu machen. Der Sprechende möchte dazu aufrufen, den Versuch zu wagen. Alle Parteien sollen sich dazu überwinden. Wenn es nicht funktioniert, weiss man es. Was passiert mit dem Umlagerungsverkehr? Geht dieser wirklich in die Quartiere raus? Muss man eventuell auch dort irgendwelche Massnahmen treffen. Probiert man es doch einfach, damit man Antworten hat.

Für Enrico Ercolani ist selbstverständlich, dass das in das Gesamtkonzept einfließen muss. Das ist mehr als normal. Der Sprechende ist überzeugt, wenn das Tempo 30 wie in Köniz durchgezogen wird, gibt es keinen Suchverkehr, weil die schnellste Route durchs Zentrum führt. Es ist bekannt, dass man immer die schnellste Route sucht. Jetzt gibt es einen zweiten und dritten Punkt. Man sprach von Tempo 30 auf der Schachen-/Amlehnstrasse. Er würde sich aber auch vehement gegen Tempo 30 auf der Schachen-/Amlehnstrasse oder allenfalls auf der Horwerstrasse wehren. Dies hat ganz bestimmte Gründe. Wenn er mit dem Auto mit 40 fährt und der Velofahrer ihn überholt, ist das höchst gefährlich. Man weiss wie schnell die Velos resp. E-Bikes heutzutage unterwegs sind. Deshalb glaubt er und ist überzeugt, dass auf diesen beiden Strassen das Tempo beibehalten werden muss. Das hat auch nichts damit zu tun, ob man schneller oder langsamer durchkommt, sondern hat einen reinen Sicherheitsaspekt. Er ist überzeugt, dass die Schachen-/Amlehnstrasse so beibehalten werden muss. Dafür hat sich der Sprechende schon anno dazumal bei der Einführung von Tempo 40 eingesetzt, denn die Velos waren da auch schon schneller. In diesem Sinne können diejenigen mit Bedenken, dass das ganze Dorf Tempo 30 wird, etwas beruhigt sein. Er wehrt sich vehement dagegen. Für Tempo 30 braucht es eine genug lange Strecke, damit es die richtige Wirkung erzielt. Im Zentrum ist das absolut das Richtige, denn es bringt Lebensqualität, weniger Lärm und Unfälle. Das ist nützlich und deshalb setzt er sich dafür ein.

Matthias Senn dankt den Fraktionssprechern, dass für dieses Projekt Interesse da ist und nicht kontradiktorisch mit Pro und Contra diskutiert wurde. Es ist tatsächlich so, dass die verkehrstechnischen Fakten für diese Variante noch fehlen. Enrico Ercolani wollte wissen, weshalb die Antwort so lange auf sich warten liess. Der Vorstoss wurde am 12. März 2019 eingegeben. Man weiss, dass die Vorstösse nicht immer an der ersten Sitzung behandelt werden. Die Überweisung erfolgte am 27. Juni 2019 und der Bericht wurde vom Stadtrat am 18. Dezember 2019 verabschiedet. Somit hat er die Frist von diesem halben Jahr eingehalten. Er kommt nun zum Prozess. Cyrill Wiget wird noch etwas zu der Arbeitsgruppe sagen, welche mit der Dienststelle vif aufgeglegt wird. Es besteht bereits ein Projektbeschrieb, welcher vom Präsidialdepartement vorbereitet wurde. Kriens hat nun ein Gesamtverkehrskonzept, worin die Variante von Tempo 30, dem Mehrzweckstreifen und flächigem Queren für ein verkehrsberuhigtes Zentrum eingebaut ist. Diese Variante, aber auch noch andere werden in der Arbeitsgruppe geprüft. Ein kritischer Punkt ist die Einmündung der Horwerstrasse in die Luzernerstrasse. Im GVKK ist dort ein Kreislauf angedacht, wofür es noch detaillierte verkehrstechnische Untersuchungen geben muss. Darum ist es auch gut, dass der Fächer geöffnet wird und nicht nur die Luzernerstrasse, sondern auch die Gemeindestrassen untersucht werden. Die Schachen-/Amlehnstrasse, Horwerstrasse oder auch Gallusstrasse werden einbezogen. Deshalb wurde auch ein Kostenteiler vereinbart, dass der Kanton und die Stadt je die Hälfte an die Testplanung bezahlen. In dieser Testplanung geht es nicht um Grundsatzüberlegungen, ob Tempo 30 gut oder schlecht ist. Es geht darum, ob das System in Kriens funktioniert oder nicht. Darum braucht es halt wirklich die Testplanung mit den Verkehrsrechnungen und den städtebaulichen Überlegungen. Wenn man ein Ergebnis hat, kann auch ein An-

trag an den Kanton gestellt werden. Ziel ist es, dass der Kanton und die Stadt die gleiche Variante weiterverfolgen möchten. Darum ist es auch erst dann möglich eine Testphase einzuführen. Zur Schachen-/Amlehnstrasse gibt es bisher keinen neuen Entscheid. Das ist Teil der Untersuchung. Die Variante ist im GVKK auch ohne Unterbruch drin. Ein Vorwurf an den Stadtrat, dass er bereits etwas entschieden hat ist völlig falsch. Im Moment gibt es keine weitere Variante, sondern ist Teil der Untersuchung.

Cyrrill Wiget möchte noch kurz ergänzen, um was es hier geht. Man sagte immer, dass das Zentrum von Kriens leben muss. Dies funktioniert nur, wenn es auch von den Nutzungen her funktioniert. Die Nutzungen sind ganz wesentlich. Es geht überhaupt nicht nur darum, ob man durchfahren kann oder nicht, denn das betrifft nur den Verkehrsteil. Das Zentrum muss ganzheitlich angeschaut werden, auch mit den zu- und wegführenden Strassen und Nutzungen zusammen. Deshalb wurde eine Arbeitsgruppe mit dem vif, rawi, Bau- und Umweltdepartment und Stadtplanung Kriens ins Leben gerufen. Hierbei handelt es sich um ein Gemeinschaftswerk. Genau hier beginnt die Problematik. Der Kanton hat beim vif das Problem, dass man eine Nutzung mit dem Verkehr zusammen denken muss. Er hat auch Mühe partnerschaftlich eine Arbeitsgruppe zu führen, worin die Stadt und der Kanton mit den jeweiligen Anliegen partnerschaftlich unterwegs sind. Bruno Purtschert hat nach dem Terminkalender gefragt. Seit dem Punkt, als die Baulinie des Zentrums bekannt war, wurde man beim Kanton vorstellig. Bis dahin hatte der Kanton noch gute Gründe zu sagen, solange die Breite der Strasse nicht bekannt ist, kann man auch nicht darüber diskutieren. Von da an wurde Kriens vorstellig und hat eine Arbeitsgruppe gefordert. Mit dieser ist man nun permanent am Arbeiten. Man kommt aber nicht so vorwärts, weil die Termine immer wieder zurückrutschen. Auch bei der Testplanung heisst es nun, dass der Kanton schon dran zahlt, aber im Moment keine Zeit dafür hat. So verschiebt sich dies Monat für Monat nach hinten. Das ist sehr unbefriedigend. Wenn er nun noch von Marco Frauenknecht hört, dass nie ein Antrag gestellt wurde, ärgert ihn das. Als kaum in der Zeitung stand, dass es die Möglichkeit gibt aufgrund des Lärmschutzes auch über Tempo 30 ernsthaft nachzudenken, hat der Stadtrat einen Brief geschrieben, dass Kriens eine der Gemeinde sein möchte, wo dies Anwendung findet. Wenn er nun hört, dass dieser Brief nicht existiert, ist er schon sehr irritiert und schickt diesen gerne nochmals zu. Es ist wesentlich, dass Kriens sich immer bemüht hat. Martin Zellweger hat sich auch fälschlicherweise aufgeregt. Der Stadtrat ist nicht der Meinung, dass nur das Zentrum angeschaut wird. Das funktioniert nur, wenn man das Strassensystem ganzheitlich betrachtet. Genau dafür braucht es diese Testplanung, weil es verschiedene Möglichkeiten an verschiedenen Orten gibt. Die Strasse kann so gesteuert werden, dass das Gesamtsystem am Schluss funktionieren kann. Darüber kann man nun noch lange diskutieren. Die einen sagen, dass es sicher nicht geht und die anderen, dass es geht. Das ist gerade die Idee der Testplanung, dass man ein Programm hat. Dieses kann in einer Kommission auch einmal diskutiert werden. Die Idee des Programms ist es ein Wettbewerb zu machen, worin Ideen aufgezeigt werden, wie so etwas funktionieren kann. Zudem hat das vif an sich auch ja gesagt, aber im Moment ist es scheinbar zeitlich nicht möglich daran weiter zu arbeiten. Diese Präzisierungen sind hier im Moment schon wichtig. Er möchte den Stadtrat nicht in Schutz nehmen, sondern vehement sagen, dass er sehr interessiert daran ist vorwärts zu gehen. Dieses Haus alleine kann den Beitrag für ein lebendiges Zentrum nicht leisten, denn es braucht das Gewerbe drum herum und das Gewerbe braucht ein pulsierendes Zentrum, damit die Frequenzen stimmen. Das ist eine ganz einfache Rechnung.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

7. Bericht Postulat Camenisch: Vorbereitung möglicher Rechtsweg betr. Bypass Nr. 194/19

Laut Roger Erni ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Räto Camenisch dankt dem Stadtrat für die Bearbeitung dieses Problems. Man konnte feststellen, dass man nun mit Elan dahinter ging. Man hat auch an den richtigen Stellen angeklopft, nämlich in Weiningen, wo ein solcher Prozess gewonnen wurde. Vor allem diese Leute wurden eingespannt. Es fand auch eine Sitzung mit Herrn Kieliger statt. Das ist auf gutem Weg. Es ist auch nötig, dass der Kredit gesprochen wurde, damit man Farbe für einen allfälligen Rechtsweg bekennt hat. Jetzt beginnen sich im Kanton vielleicht doch langsam die Bremsen zu lockern. Der Bund hat nun durch den Vorstoss Graber die Möglichkeit flankierende Massnahmen zur Autobahn zu bezahlen, aber natürlich nur, wenn der Kanton auch mitmacht. Der Kanton hat bisher einfach noch nicht mitgemacht, mit dem Hinweis darauf, dass er keine gesetzliche Grundlage hat. Aus der Strassenrechnung kann und will er das nicht finanzieren. Jetzt hat Marcel Budmiger im Kantonsrat einen Vorstoss eingereicht, dass der Kanton eine gesetzliche Grundlage schaffen muss, um Geld in die Autobahn bei Kriens geben zu können. Jetzt ist das in Bearbeitung. Die Regierung wollte dies als Postulat teilweise entgegennehmen. Man weiss, dass dies eine Schubladenbezeichnung ist. Dagegen wehrte man sich enorm. Die Leute meinten, dass dies ein Lex-Kriens ist und Kriens nur Geld zur Verschönerung möchte und das Geld an anderen Orten fehlen wird. Das war die bisherige Grundlage. Man versuchte nun im Kantonsrat klar zu machen, dass es sich nicht um eine Lex-Kriens handelt, sondern um eine Lex-Autobahn. Welche Autobahn auch in Zukunft gebaut wird, ist der Kanton verantwortlich, dass die Auswirkungen davon anständig sind. Natürlich hat der Bund auch Vorgaben, aber dieses Zusammenspiel muss klappen. Wenn die Gemeinde und der Bund sogar etwas möchten, aber der Kanton nicht, geht einfach nichts. Da versucht man nun zu kämpfen. Im Januar hätte eine Abstimmung stattfinden sollen, aber aufgrund einer überladenen Traktandenliste ist man nicht mehr dazu gekommen. Die Abstimmung erfolgt nun im März. Marcel Budmiger hat es richtigerweise als Motion eingereicht, aber so wird man es vermutlich nicht durchbringen können. Die CVP und die SVP konnten mittlerweile auf die Linie gebracht werden, dies als Postulat vollständig zu überweisen. Auch von der linken/grünen Seite darf man dies erwarten. So hat die Regierung den Auftrag etwas zu machen. Ein Postulat kann nicht einfach in die unterste Schublade gelegt werden wie mit einer teilweise-erheblich Erklärung. Darum ist es wichtig, dass dieser Rechtsweg angeschnitten wurde, weil Kriens so ein Pfand in der Hand hat. Der Kanton hat kein Interesse, dass es hier aufschiebende Wirkung gibt. So steht man optimal da, aber der Kampf ist noch nicht ausgestanden. Ein Silberstreif am Horizont ist sichtbar.

Anita Burkhardt-Künzler bedankt sich im Namen der CVP/JCVP-Fraktion für die Antwort des Stadtrates. Doch für sie ist dieses Postulat sicher noch nicht erledigt. Vorher hörte man diverse Voten, bei welchen es um den Stau in Kriens ging. Mit dem Bypass-Bau wird man sich einmal an den heutigen Stau sehnen, weil dies eine riesen Geschichte wird. Darum gilt es den Druck auf den Bund weiterhin aufrecht zu erhalten und den Kanton uneingeschränkt ins Krienser Boot zu holen. Der Kantonsrat hat sich zwar einstimmig für ein Eingehen auf die Krienser Anliegen und für eine Zusammenarbeit der lokalen und kantonalen Behörden ausgesprochen, doch der Regierungsrat verhält sich leider weiterhin passiv. Im Bericht zeigt der Stadtrat auf, dass sich bei der Kontaktaufnahme mit der Gemeinde Weiningen, welche sich in einer ähnlichen Lage wie Kriens befunden hatte, eine personelle Lösung mit Herrn Thomas Kieliger von Kieliger & Gregorini AG herauskristallisiert hat. Er war der Projektleiter und Planer/Ingenieur bei der Realisierung «Chance Gubrist» und hatte diese Überdeckung als Gemeindevertreter begleitet. Wie alle wissen hat Weiningen seine Einhausung beim Bund erfolgreich durchgesetzt. Deshalb macht die Mandatierung von Herrn Kieliger durch die Stadt Kriens durchaus Sinn und man darf sich einiges davon erhoffen. Herr Kieliger setzt dabei vor allem auf städtebaulichen Aspekte und was dieser grosse und einschneidende Ausbau der A2 im Streckenabschnitt Schlund für die Anwohner des Siedlungsgebietes Luzern Süd bedeutet. Eine gerichtliche Einsprache seitens Kriens würde höchstwahrscheinlich eine nicht zu unterschätzende Verzögerung des Projekts bedeuten. Dies wäre sicher nicht im Sinne des Astra. Eine zögerliche Taktik bringt hier Kriens nicht vorwärts, deshalb ist es wichtig weiterhin am Ball zu bleiben und Bund und Kanton aufzuzeigen, dass Kriens durchaus ernstgenommen werden sollte. Denn Kriens darf sowohl finanziell wie auch städtebaulich nicht allein in der Pflicht stehen. So gilt es auch künftig alle Möglichkeiten auszuloten, um einen grösstmöglichen Fortschritt in Sachen Bypass-Überdachung zu erreichen.

Die FDP-Fraktion unterstützte laut Thomas Lammer das Postulat bereits im vergangenen Juni vollumfänglich. An dieser Haltung hat sich nichts geändert. Mittlerweile sind einige Monate vergangen und an der Ausgangslage für die Stadt Kriens hat sich nichts verändert. Deshalb wurden durch das Postulat wichtige Vorarbeiten initiiert, um allenfalls den rechtlichen Weg zu beschreiten. Dazu zählen einerseits die im Bericht erwähnten Vorarbeiten des Stadtrates, wofür sie dankt. Andererseits aber auch die Budgetposition, welche von diesem Rat bewilligt wurde. Grundsätzlich ist die FDP-Fraktion nach wie vor der Meinung, dass von Seiten der Stadt Kriens Kompromissbereitschaft signalisiert werden sollte. Aber sie ist auch der Meinung, sollten die Ziele der Stadt Kriens nicht erreicht werden, sollte der Rechtsweg beschritten werden. Insofern sind alle getroffenen Vorbereitungen sinnvoll und die FDP-Fraktion steht vollumfänglich hinter diesen. Sie dankt für die Beantwortung des Postulates und vor allem auch für die Einreichung dieses Postulats.

In dieser Sache möchte Cla Büchi, SP-Fraktion, dem Stadtrat zu seinem Entscheid, auch mit rechtlichen Mittel für die Interessen von Kriens zu kämpfen, gratulieren. Es wird nur auf Druck etwas geschehen. Leider ist dem so und es wird auch eine Stange Geld kosten. Aber wenn Kriens durch das Druckmittel vom Rechtsweg eine wesentliche Verbesserung erreicht, lohnt sich dieser Aufwand allemal. Und man kann sich sicher sein, künftige Generationen werden es danken.

Gemäss Raoul Niederberger, Grüne/GLP-Fraktion, wurde das Meiste bereits gesagt. Auch sie ist der Meinung, dass es wichtig und richtig ist, dass der mögliche Rechtsweg vorbereitet wurde. Wenn Kriens keinen Druck macht, wird wenig gehen. Es ist schade, dass seitens Kanton so wenig Unterstützung kommt. Gut ist, dass man den erfahrenen Anwalt bezieht, aber auch dieser kann nicht zaubern. Wie es am Schluss vor dem Gericht herauskommt, weiss man nie.

Cyrill Wiget findet es immer noch sensationell, dass ein Rat in einer Frage so geschlossen unterwegs ist. Das ist am Schluss eine historische Geschichte. Wenn man tatsächlich etwas erreicht, ist es dank dieser Geschlossenheit. Dafür ist der Sprechende ausserordentlich dankbar und bewundert das Parlament dafür. Mit der Geschäftsleitung wurde in Bezug auf diese Vorstösse etwas abgemacht. Es waren drei Vorstösse zu diesem Thema hängig. Der Stadtrat entschied sich dafür, dass jedes Mal nur einer gebracht wird. So kann immer kurz über Neuigkeiten informiert werden. Deshalb ist es hervorragend, wenn Räto Camenisch aus seiner Arbeit in der Kommission und Kantonsrat berichten kann. Was ist der neuste Stand seitens Stadtrat? Wenn er vorher über die Dienststelle vif etwas gelästert hat, möchte er hier mit einer gewissen Freude festhalten, dass das erste gemeinsame Gespräch mit dem neuen Regierungsrat, Fabian Peter, stattfand. Man konnte tatsächlich spüren, dass er realisiert hat, dass es für ihn im Kanton zwei grosse Projekte gibt. Dies sind der Durchgangsbahnhof und der Bypass. Er hat den Willen und die Lust hier einen Erfolg zu erzielen, weil das ihn auch als Regierungsrat auszeichnet, wenn diese Probleme gelöst werden können. Er ist wirklich stark auf Kriens zugekommen und hat auch signalisiert, dass er die Arbeit für den Städtebau unterstützt. Der Stadtrat spricht schon von Stadtreparatur. Wenn man das Flugbild anschaut und sieht man, wie Kriens in diesem Bereich eine Stadt mit Teilen der Stadt Luzern und Horw bildet. Mitten hindurch läuft diese Schneise, welche ganz erschreckend die Ortsteile vollkommen voneinander trennt. Auch die Nutzungen werden verhindert, sowie die Wohnnutzungen und Aufenthaltsqualität werden verschlechtert. Wenn man dies anschaut sieht man, wie bedeutend es eben ist, dass dort eine Reparatur vorgenommen wird, für das was einmal in den 60er Jahren gemacht wurde. Fabian Peter hat angekündigt, dass wenn Kriens auf einem guten Weg mit der städtebaulichen Vision ist, kann er uns auch unterstützen. Das wäre sehr interessant. Das sollte dann dazu führen, dass man mit dieser Arbeitsgruppe auch dem Bund gegenüber gemeinsam auftreten kann. Man möchte den Bund immer noch überzeugen von sich aus einen Weg einzuschreiten, der Kriens hilft das Problem zu lösen. Von Bern her gibt es Signale, dass der Bypass in Lausanne entschieden wird und sonst gar nirgends. Man ist nicht naiv und hat deshalb gleichzeitig, wie einen Auftrag für die städtebauliche Vision vergeben wurde auch ein Anwaltsbüro evaluiert. Dieses ist durchaus fähig für die Auflage vom 20. April 2020 bis 20. Mai 2020 eine Rechtschrift zu verfassen, welche eine grosse Chance gibt, den Bund via Rechtsweg zu zwingen. Es soll dann nochmals an die entsprechenden Kommissionen zurückgegeben werden. Ziel muss sein, dass

die nationalrätlichen Kommissionen und der Nationalrat nochmals über dieses Thema gehen. Man hat gespürt, dass es in Bern ein bisschen Tauwetter gibt zu anerkennen, dass man nicht gegen die Bevölkerung einer ganzen Region ein solches Bauwerk durchsetzen kann. Neu ist vielleicht auch noch, dass Gespräche mit der Stadt Luzern stattfanden. Gut wäre, wenn man auch hier gemeinsam auftreten könnte. Dann wäre Kriens nicht mehr ein Gallier-Dörfchen allein gegen den Rest der Welt, sondern es wäre bereits ein schöner Teil der Agglomeration vertreten. Auch hier gab es gute Signale. An der nächsten Einwohnerratssitzung wird dann der nächste Vorstoss behandelt.

Räto Camenisch möchte noch etwas zur Zusammenarbeit mit der Stadt Luzern sagen. Er war an diesem Gespräch auch dabei und man hat vernünftig miteinander gesprochen. Wenn er dies zusammenfasst ist es so, dass Luzern Kriens im Kampf gegen den Verzicht der Spange Nord ins Boot holen möchte. Auf diese wurde im Prinzip verzichtet, aber trotzdem nicht ganz. Es steht immer noch diese riesige Brücke im Raum. Kriens muss dies ambivalent sehen, denn dieser Verkehr kommt einfach auf Kriens zu, welchen Luzern nicht fassen kann. Man muss schauen, was Luzern bieten möchte. Sie wollen bieten, dass sie Kriens in ihren Bestrebungen unterstützt, die Autobahn ein bisschen verträglicher zu machen. Nun gut, hier ist Kriens bisher alleine unterwegs und ist auch ein Stück weitergekommen. Der Sprechende ist nicht dagegen, dass man mit Luzern spricht, aber er ist dagegen, dass Kriens sich durch Luzern instrumentalisieren lässt.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

8. Beantwortung Interpellation M. Portmann: Durch berufliche Integration Armut bekämpfen?! Nr. 226/19

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Roger Erni fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Michael Portmann wünscht eine Diskussion.

Roger Erni stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Laut Michael Portmann hat Armut sehr unterschiedliche Ursachen. Es sind gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen, die dazu führen, dass Menschen von Armut betroffen sind. Heute tragen Menschen mit geringem Einkommen als Working Poor, Familien mit mehr als zwei Kindern und Alleinerziehende Eltern ein hohes Armutsrisiko. Allen ist gemeinsam, dass sie zu wenig für ihren Lebensunterhalt verdienen. Schrecklich findet er, dass heute nachgewiesen ist, dass Kinder aus armen Familien häufig als Erwachsene ebenfalls von Armut betroffen sind. Armut ist vererbbar. Warum? Diese Kinder haben von Beginn weg schlechtere Startbedingungen, in ihrer Familie selbst, aber auch in unserer Gesellschaft. Besonders dieser Punkt war dafür verantwortlich, dass er die vorliegende Interpellation verfasst hat und wissen wollte, wie es um unterschiedliche Aspekte der Armut in Kriens steht. An dieser Stelle möchte er dem Stadtrat und der Verwaltung herzlich für die ausführlichen Antworten danken. Weil zu Beginn der Antwort deutlich auf die Statistik des Kantons Luzern verwiesen wird, hat er sich gestern mit den Zahlen aus LUSTAT fürs Jahr 2016 auseinandergesetzt. Der Kanton Luzern weist für 2016 eine Armutsquote von 7,5 % aus, das heisst, dass im Kanton Luzern 30'452 Menschen ein Einkommen aufweisen, welches unter der vom SKOS definierten Armutsgrenze liegt. Zum Glück werden bedarfsabhängig Sozialleistungen wie Wirtschaftliche Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, individuelle Prämienvverbilligungen, Stipendien, Alimenten-Bevorschussung und Mutterschaftsbeihilfe ausgerichtet. Damit reduziert sich die Armutsquote auf 3,5 %, also auf 13'968 Menschen. Ge-

mäss LUSTAT im Bericht Wohlstand und Armut im Kanton Luzern bleiben 2017 trotz der Sozialleistungen immer noch exakt diese 13'968 Personen übrig, die als arm gelten müssen. Der sogenannte Nichtbezug von Sozialleistungen beträgt satte 46 %. Schaut man ins gleiche Jahr, aber jetzt nach Kriens. Die Sozialhilfequote 2016 betrug 4,2 %, das heisst 1'139 Menschen haben wirtschaftliche Sozialhilfe bezogen. Spannend ist, dass 4,2 % deutlich mehr als 3,5 % der Armutsquote nach Bezug der Sozialleistungen sind. Läge der Nichtbezug in Kriens ähnlich hoch wie im Kanton Luzern, so müsste die Armutsquote nur für die wirtschaftliche Sozialhilfe deutlich mehr als 7,5 % betragen. Schliesslich wurden auch in Kriens Ergänzungsleistungen, Alimente oder Mutterschaftsbeihilfe ausbezahlt. «*Armutsquote höher als 7,5 %*» deckt sich denn auch mit der Armutsquote von 8 % wie sie für Kriens, Horw, Ebikon und Emmen ausgewiesen wurde. Und da sind sie wieder seine 8 % Armutsquote und gleichzeitig steht im Raum, dass es auch in der Stadt Kriens Menschen gibt, die auf die ihnen zustehenden Sozialleistungen verzichten. Vielleicht meint man, dass dies alles Studierende und Lernende sind. Ob das stimmt, wüsste man erst, wenn die Stadt Kriens auch in diesem Bereich ein Monitoring aufstellen würde. Dazu müsste man auf Basis des Äquivalenzeinkommens die Armutsquote vor und nach den Sozialleistungen bestimmen, damit man überhaupt mal einen Anhaltspunkt hat, wie es um die Armut in Kriens bestellt ist und was dagegen unternommen werden könnte. Michael Portmann möchte nun noch etwas auf die einzelnen Fragen eingehen. Frage 1 hat er vorhin ausgehend vom Jahr 2016 indirekt beantwortet und weist daraufhin, dass die Armutsquoten tendenzmässig eher grösser wurden. Zu Frage 2 sagt er nur, dass auch die Stadt Kriens die Einkommen der Krienser und Krienserinnen kennt und damit wie LUSTAT eine Armutsquote für die Stadt Kriens, Basis Äquivalenzeinkommen bestimmen könnte. Das ist ganz sicher keine Frage der fehlenden Daten. Zu den Fragen 3 und 4 folgendes: Einer der Gründe für den Nichtbezug von Sozialleistungen ist sicher, dass sich diese Menschen schämen, dass sie in dieser Lage sind. Gemäss einer Studie der Uni Bern zeigt es sich aber auch, dass 30 % der Betroffenen gar nicht wissen, dass sie Anrecht auf Sozialleistungen hätten. Die restlichen 30 % weigern sich schlicht, diese Sozialleistungen zu beziehen, weil sie es nicht ertragen, wie einschränkend die Sozialämter sie behandeln, wenn sie unverschuldet auf Sozialleistungen angewiesen sind. Selbstverständlich braucht der Gang aufs Amt einiges an Energie und Mut, welche viele in solchen Situationen einfach nicht mehr haben. Wenn die Stadt Kriens sich dessen bewusst ist, dann wäre es doch angebracht, wenn der Zugang niederschwelliger organisiert würde und Betroffene sich wie in der Stadt Luzern per Kontaktformular informieren lassen könnten. Vielfach würde vermutlich nur schon die Information sehr viel in die richtigen Bahnen lenken, was heute vermutlich erst dann zum Vorschein kommt, wenn der Gang aufs Amt unumgänglich ist. Die Antwort zu Frage 5 zeigt deutlich, dass sich ein Engagement für Familien lohnt, dass in der Stadt Kriens vieles in die richtige Richtung läuft und dass man auch hier weiterdenken muss. Die systematische Frühe Förderung sowie gute Tagesstrukturen sind ein wichtiger Beitrag in der Armutsbekämpfung, ebenfalls bestens belegt mit Studien aus anderen Städten. Wie geht man mit den Eltern um, die wirtschaftliche Sozialhilfe beziehen? Ob Working Poor oder Alleinerziehende, allzu oft wäre dringend gezielte Weiterbildung notwendig. Schliesslich laufen nur schon die Bewerbungsverfahren heute alle digital ab, was beispielsweise eine grössere Hürde ist für Menschen, die sonst als Reinigungskraft arbeiten. Sich digital zu bewerben ist eine grosse Herausforderung. Dass auch in der Arbeitsintegration die Individualisierung immer stärker wird, liegt sicher auch daran, dass sich die Bildung und der Medienkonsum ebenfalls immer stärker in diese Richtung bewegen. Der Sprechende ist aber trotzdem überzeugt, dass Eltern unterstützt werden müssen, indem ihnen Arbeitsintegration ermöglicht wird. Nur schon die Perspektive auf Arbeit und das Vorbild für die eigenen Kinder wird sie Mut schöpfen lassen, sich wieder aus ihrer Situation heraus zu arbeiten. Dort zukünftig wieder Leistungen abzubauen, wäre auch budgettechnisch sehr kurzsichtig. Somit ist er bei der Sozialstrategie, welche neu erarbeitet werden soll. Er staunt über den enormen Gestaltungswillen, welcher in Frage 9 und 10 zu beobachten ist und fragt sich ernsthaft, warum man hier in Kriens das Rad nochmals neu erfinden will. Für Fr. 3'000.00 pro Jahr erhält man mit der Städteinitiative Sozialpolitik Einblick in den Werkzeugkasten der Städte, welche seit Jahren erfolgreich unterwegs sind, wenn es darum geht Sozialkosten zu reduzieren. Alles was man braucht sind Menschen in der Verwaltung, die solche Initiativen besuchen und sich um Innovation im Bereich Soziales kümmern dürfen, damit man für die Zukunft der Stadt Kriens gerüstet ist.

Die CVP/JCVP-Fraktion bedankt sich laut Michèle Albrecht beim Stadtrat bzw. beim zuständigen Departement für die ausführliche Beantwortung. Zugegeben, als „Ratsneuling“ musste sie die vorliegen-

den Zahlen und Fakten bzw. den Zweck der Interpellation vertieft analysieren. Nun glaubt sie jedoch, die Gründe und These des Interpellanten nachvollziehen zu können und erachtet seine Überlegungen als durchaus interessant. Seinen vorherigen Ausführungen zu folgen, war aber etwas schwierig. Aus Spargründen hat Kriens also im Jahr 2019 die Kosten für Arbeitsintegrationsmassnahmen unter dem absoluten Minimum budgetiert, nach Auskunft des Sozialdepartements auf ca. 1/3 des jährlichen Bedarfs. Dies passierte damals zum Leidwesen der CVP/JCVP-Fraktion. Denn dadurch konnten Arbeitsintegrationsmassnahmen nur in Ausnahmefällen bewilligt werden. Erfreulicherweise werden gemäss Beantwortung aber inzwischen wieder vermehrt bzw. erneut Kostengutsprachen nach Bedarf der Klientenschaft geleistet. Nach Auskunft des Sozialdepartements wurde für das Jahr 2020 ein dem Bedarf entsprechender Betrag budgetiert. Dem Interpellanten ist Recht zu geben, dass die Arbeitsintegration ein unerlässliches Instrument zur Vermeidung oder Verhinderung von wirtschaftlicher Sozialhilfe ist. Zwar kann der Beantwortung auch entnommen werden, dass nur etwas mehr als 10 % der Sozialhilfebezügler aufgrund einer Arbeitsintegrationsmassnahme abgelöst werden konnten. Ursache dieser geringen Erfolgsquoten seien darin zu finden, dass Menschen, die Sozialhilfe beziehen, oft aus mehreren Gründen von Armut betroffen sind. Es wäre aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion aber der falsche Schluss, wenn die Arbeitsintegrationsmassnahmen aufgrund der ausgewiesenen, geringen Erfolgsquote einfach eingestellt würden. Der richtige Schluss ist, die Bemühungen nicht zwingend quantitativ, sondern auch qualitativ zu verbessern, um die Erfolgschancen zu erhöhen. Dies etwa durch eine Verbesserung des Matching, also die Übereinstimmung von angebotener Integrationsmassnahme und Bedarf der betroffenen Person oder durch die Verbesserung der Unterstützung, etwa durch den Beizug von Mitarbeitenden, die auf Arbeitsintegration spezialisiert sind. Gemäss Beantwortung sucht der für die wirtschaftliche Sozialhilfe zuständige Sozialdienst der Stadt Kriens laufend nach neuen Möglichkeiten, die Sozialkosten zu reduzieren. Zudem werden Methoden eruiert, die die Wirkung der Sozialhilfe genauer messen sollen. Gespannt erwartet die CVP/JCVP-Fraktion also die erwähnte „Sozialstrategie“ und dass mit dessen Erkenntnissen weitere zielgerichtete Massnahmen ergriffen werden können, um die Sozialhilfekosten zu senken. Auch die erwähnte Evaluation im 2020 betreffend Beitritten zur Charta Sozialhilfe Schweiz und Städteinitiative Sozialpolitik begrüsst die CVP/JCVP-Fraktion und unterstützt dieses Vorgehen. Abschliessend freut sie sich als „Ratsneuling“ und als Mitglied der KBSG auf einige interessante Informationen, die demnächst insbesondere auch die Kommission beschäftigen werden. Diese engagierte Zusammenarbeit in der Kommission und im Einwohnerrat wird die Krienser Bevölkerung und in diesem Vorstoss besonders die von Armut betroffenen Menschen verdanken.

Michèle Binggeli dankt im Namen der SVP-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation, soweit dies möglich war. Es wird generell festgehalten, dass der Interpellant zahlreiche Fragen gestellt hat, die einerseits aufgrund objektiver Gründe nicht beantwortet werden können, bzw. andererseits eine Beantwortung gewisser Fragen eine reine Mutmassung darstellen würde. Nun zu den einzelnen Fragen. Gemäss LUSTAT galten im Kanton Luzern im Jahre 2016 3.5 % der Bevölkerung als arm, also deutlich weniger als die rund 8 % in der gesamten Schweiz. Jedoch werden zur Berechnung verschiedene Methoden verwendet und die Resultate können nicht verglichen werden. Was die Stadt Kriens betrifft, so scheint es nicht sinnvoll dies kostenpflichtig berechnen zu lassen, weil die Resultate nicht vergleichbar wären und auch nicht klar wäre, was der Interpellant aus dieser Zahl ableiten möchte. Es ist für sie absolut verständlich, dass die Fragen 2 und 3 nicht beantwortet werden können. Der seitens des Stadtrates aufgeführte Grund für den Nichtbezug von Sozialhilfe ist sicherlich einer, jedoch gibt es noch unzählige weitere Gründe, welche aufgeführt werden könnten. Auch die vom Interpellant vorher aufgeführten Gründe sind nicht abschliessend. So oder so kann diese Frage nur mit Mutmassungen beantwortet werden uns nicht konkret. Zu Frage 4 gibt es ihrerseits keine Bemerkungen. Die aufgezeigte Informationsmöglichkeit erachtet die SVP-Fraktion als ausreichend. Die Beantwortung der Frage 5 zeigt, dass auf jeden Sozialhilfeempfänger individuell eingegangen wird, weswegen Alleinerziehende oder Eltern mit kleinen Kindern die entsprechenden Angebote und Förderung bereits erhalten. Dass darüber hinaus seitens der Sozialhilfe ein Schwerpunkt auf die Förderung von Alleinerziehenden oder Eltern mit kleinen Kindern gelegt werden müsste, empfinde sie jedoch als nicht gerecht. So sollen alle Sozialhilfeempfänger, gleich, aber anhand ihrer individuellen Situation gefördert werden. Es ist schwierig aus der Beantwortung der Frage 6 konkrete Schlüsse zu ziehen, da es sich meist um mehrjährige Prozesse handelt. Die SVP-Fraktion erachtet es aber als positiv, dass nun wieder eine Anmeldung zur Arbeitsintegration erfolgt sobald diese angezeigt ist und nicht mehr auf ein absolutes

Minimum begrenzt ist. Die Beantwortung der Frage 7 ist für sie nachvollziehbar und verständlich. So können die Teilfragen unmöglich beantwortet werden, da diese von unzähligen Ereignissen und Umständen abhängig sind. Wichtig ist jedoch die Bestrebung, dass sich wenn immer möglich Sozialhilfeempfänger von dieser lösen können, was der Stadtrat entsprechend aufzeigt. Betreffend die Frage 8 sieht die SVP-Fraktion der Evaluation eines Beitritts entgegen und befürwortet damit die Haltung des Stadtrats, dass ohne diese zurzeit kein Beitritt erfolgt.

Gemäss Erwin Schwarz, FDP-Fraktion, hat der Interpellant sehr fundiert und zahlenorientiert für sein Anliegen argumentiert. Im Namen der FDP-Fraktion möchte er nun auch noch eine praktische Seite zu diesem Thema aufzeigen. Wie Michael Portmann in seiner Interpellation richtig erwähnt, ist die Arbeitsgesetzgebung in der Schweiz vergleichsweise liberal und bietet Unternehmenden einen Wettbewerbsvorteil und fördert den Arbeitsmarkt. Parallel dazu ist das soziale Netzwerk in der Schweiz auch sehr gut ausgebaut. Dazu bietet man mit unserem dualen Bildungssystem auch fast allen jungen Leuten eine Ausbildung und einen Einstieg in einen Beruf. Die Chancengerechtigkeit im Schweizer Bildungssystem wurde in den letzten Jahren dauernd verbessert, leider kann der Bildungserfolg aber nach wie vor von der sozialen Herkunft abhängig sein. Es ist aber auch so, dass Jede und Jeder in der Schweiz eine Arbeit findet, wenn er oder sie denn auch will. Dass Alleinerziehende und davon deutlich mehr Mütter als Väter in einer speziellen Situation sind, was das berufliche Einkommen betrifft, anerkennt auch die FDP-Fraktion. Sie denkt aber, dass die sozialen Einrichtungen in Kriens und auch die Möglichkeiten, sich über das soziale Angebot und die Leistungen der Sozialhilfe zu informieren, sehr gut ausgebaut sind. Mehr ist immer möglich, aber es muss auch finanzierbar sein. Wo ein Wille ist gibt es auch einen Weg. In einem Caritas-Bericht hat er gelesen: *«Einmal arm – immer arm: Die Entbehren in jungen Jahren haben ein Leben lang Konsequenzen.»* Auch der Sprechende ist in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen. Der Besuch der Kantonsschule war kein Thema, denn das hätte Geld gekostet. Aber auch ohne Kantonsschule hat er sich zu einem ganz akzeptablen Steuerzahler in der Stadt Kriens entwickelt. Nur auf Hilfe und Unterstützung der Sozialhilfe zu zählen ist keine Option. Dass in der Schweiz viele Wege offenstehen, wenn man dann auch will, zeigt der berufliche Erfolg sehr vieler Secondos und Secondos. Die FDP-Fraktion dankt der Verwaltung für die ausführlichen Antworten auf die Interpellation.

Die Grüne/GLP-Fraktion dankt laut Tomas Kobi dem Interpellanten für die entsprechenden Fragen. Sozial und beruflich integriert zu sein bedeutet, über ein ausreichendes Einkommen zur selbstbestimmten Lebensgestaltung zu verfügen und damit aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Menschen, die nur schwer den Zugang zum Arbeitsmarkt finden oder sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden, sind in einem erhöhten Mass von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Soziale und berufliche Integration ist ein zentraler Ansatzpunkt der Armutsprävention. Welche Auswirkungen hat Armut? Über 30'000 Menschen sind im Kanton Luzern von Armut betroffen. Armut wird öffentlich aber kaum wahrgenommen. Menschen in finanzieller Bedrängnis zeigen ihre Not selten und ziehen sich oft voller Scham ins Private zurück. Da, wo niemand etwas davon merkt. Die Grüne/GLP-Fraktion ist erstaunt über die Aussage des Stadtrates zur Beantwortung der ersten Frage. Von LUSTAT ist noch kein aktuelles Zahlenmaterial verfügbar. Die auf Kriens bezogene Auswertung ist kostenpflichtig und Zahlen des Bundesamtes für Statistik sind zu wenig aussagekräftig. Da macht es sich der Stadtrat schon einfach, indem er bequem abwartet, bis dann irgendwann das Zahlenmaterial zur Verfügung steht. Hier erwartet sie schon, dass der Stadtrat proaktiver wird. Interessant wäre es auch in Erfahrung zu bringen, was es die Stadt Kriens kostet diese Auswertung vorzunehmen. Die Grüne/GLP-Fraktion stellt fest, dass die Stadt Kriens grundsätzlich über gute Unterstützungsangebote zur Erwerbsintegration von Menschen, welche auf Sozialhilfe angewiesen sind, verfügt. Der Stadtrat führt unter Punkt 6 einige Angebote auf, wie beispielsweise Betreuungsgutscheine, Berufsintegrationsangebote in der Schule bei Armutsgefährdung von Jugendlichen oder das Projekt LIFT. Für die Grüne/GLP-Fraktion stellt sich die Frage, ob die Angebote der Arbeitsintegration und Berufsfindungsangebote nur für Sozialhilfebeziehende sind oder können diese Angebote auch für einkommensschwache Betroffene, die einen Sozialhilfebezug vermeiden wollen, aber Hilfe bei der Berufsintegration benötigen, angefordert werden? Im Weiteren stellt sich für sie die Frage, welches Gewicht daraufgelegt wird,

dass soziale Integration über den Zugang von Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten auch für einkommensschwache Familien zugänglich bleiben. Wie ist hier der Integrationsfokus?

Laut Räto Camenisch hat man nun ausführlich gehört, was man für die minderbemittelten Leute machen kann. Er möchte dies nun auch etwas umgekehrt anschauen. Muss man nun alles tun, um den hinterst und letzten Sozialhilfebezüger aus dem Haus zu klopfen, um Geld zu beziehen. Es gibt solche, die gar nicht in die Sozialhilfe wollen und bereit sind sich entsprechend eng zu verhalten. Das ist auch ein Weg, der respektiert werden muss. Ausgerechnet die Stadt Kriens, die eine der höchsten Sozialhilfequoten des Kantons ausweist, muss sich hier noch Mühe geben, versteht der Sprechende nicht so ganz. Im Gegenteil. Er möchte wissen, ob der Stadtrat ein Konzept hat, wie er mittel- bis langfristig diese Sozialhilfekosten stabilisieren oder besser noch senken kann. Es gibt auch noch andere Möglichkeiten als Arbeitsintegration oder welche das Amt bereits richtigerweise vorsieht. Muss man nicht einmal ein Konzept entwickeln, um von diesem Spitzenplatz wegzukommen?

Lothar Sidler dankt für engagierte Diskussion. Um es vorweg zu nehmen interessiert sich der Stadtrat für die Armut und es ist ihm nicht egal. Die Armut wird dort bekämpft, wo es möglich ist und auch die gesetzliche Pflicht dazu hat. Das ist im Bereich der wirtschaftlichen Sozialhilfe und der persönlichen Sozialhilfe. Dort macht die Verwaltung ihren Job. Die Meinung ist falsch, dass ganz bewusst verhindert wird, dass Leute, die wirtschaftliche Sozialhilfe zu Gute haben, auch zur Sozialhilfe kommen. Jeder, der wirtschaftliche Sozialhilfe zu Gute hat, wird genommen. Jeder wird hart, aber fair im gesetzlichen Rahmen behandelt. Der Vorstoss war gut, denn so konnte der Stadtrat einen Überblick gewähren, wie es mit der wirtschaftlichen Sozialhilfe abläuft und wie es mit der Armut in Kriens aussieht. So konnten die Massnahmen aufgezeigt werden, was alles unternommen wird, dass in Kriens die Leute zu ihrem Recht kommen. Er gibt dem Interpellanten auch Recht, dass Arbeitsintegration eine der wesentlichen Massnahmen ist, um die Armut zu bekämpfen und die Leute aus der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu bringen. Mit einer guten Arbeitsintegration kann die Zahl der armen Menschen auch wirklich wirksam bekämpft werden. Für die Arbeitsintegration muss bedarfsabhängig die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden. Nur so funktioniert das System. Anders als der Interpellant sieht er es dort, wo der Interpellant der Meinung ist, dass viel Arbeitsintegration die Armut wirksam bekämpft. Er sieht es mehr wie Michèle Albrecht. Man muss nicht auf die Masse schauen, sondern auf die Qualität. Wenn man schaut, welche Erfolgsquote man bei der Arbeitsintegration hat, ist es gut, wenn auf die Qualität geschaut wird. Es ist schon so, dass die fehlende Qualität der Arbeit nicht sagt, dass die Arbeitsintegration schlecht ist. Die Erfolgsquote ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass die Qualität noch nicht stimmt. Es gibt noch ganz viele andere Faktoren, welche in der Beantwortung auch aufgeführt sind. Die Leute haben in der Regel eine ganz schwere Vita hinter sich und müssen zuerst in den 2. Arbeitsmarkt integriert werden, damit sie wieder Tagesstrukturen erhalten. Dann kann mit ihnen weitergearbeitet werden. Das führt zu einer tieferen Erfolgsquote. Man hat aber die Möglichkeit diese Erfolgsquote zu steigern, nämlich dort, wo es darum geht die Leute in den 1. Arbeitsmarkt zu bringen. Dort muss der Daumen mehr drauf gelassen werden, um zu schauen, dass die Leute auch genau das Produkt erhalten, welches sie benötigen, um im 1. Arbeitsmarkt Fuss fassen zu können. Er ist der Meinung, dass bei der Qualität und nicht bei der Masse gearbeitet werden muss. Es wurde noch diskutiert, ob man angesichts der hohen Sozialhilfequote für diese Leute schauen muss. Ja, man muss. Wenn man nicht schaut, wird die Quote so hoch bleiben. Wenn man aber schaut und die Leute integriert, kann die Quote gesenkt werden. Es braucht ein aktives Engagement, dass dieses Ziel erreicht werden kann. Wie es gemacht werden muss, muss zuerst evaluiert werden. Darum wurde das Projekt Sozialhilfestrategie gestartet. Man möchte genau wissen, was alles gemacht werden muss und wie sozial Kriens sein soll. Wie stark will man sich engagieren, dass man die Sozialhilfequote senken kann? Was muss alles gemacht werden, dass die Leute nicht permanent arm bleiben? Solche Fragen werden in dieser Sozialhilfestrategie aufgearbeitet. Dem Einwohnerrat wird dazu dann ein Planungsbericht vorgelegt, wozu er Stellung nehmen kann. Der Einwohnerrat muss sagen, ob er diesen Weg auch gehen möchte oder nicht. Diese Arbeit muss noch gemacht werden und es wird auch ein längeres Projekt. Er ist fest davon überzeugt, dass die strategischen Grundlagen geschaffen werden, welche es auch braucht, damit man sagen kann, wohin es gehen soll.

9. Beantwortung Interpellation Büchi: Abbau ÖV-Angebot am Schattenberg und in der Kuonimatt**Nr. 231/19**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Roger Erni fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Cla Büchi wünscht eine Diskussion.

Roger Erni stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Cla Büchi dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Auch danken möchte er für die Stellungnahme vom Stadtrat zum Schlussbericht AggloMobil 4. Die eingereichte Stellungnahme deckt sich mit den Anliegen aus der Bevölkerung und der Stellungnahme, die die SP Kriens beim VVL eingegeben hat. Und nicht zuletzt haben die zwei Petitionen aus den Quartieren Schattenberg/Himmelrich und der Kuonimatt mit über 1'800 Unterschriften dazu beigetragen, dass man wenigstens von einem Teilerfolg sprechen kann. Denn die Sidhalde wird weiterhin vom ÖV bedient, was sicher positiv zu werten ist. Anders ist es mit dem 16er in der Kuonimatt. Der 16er wird künftig über die Ringstrasse geführt und nicht mehr durch das Kuonimatt-Quartier fahren. Das ist ein herber Verlust für all die, die auf diesen Bus am meisten angewiesen sind, nämlich die Kinder und die älteren Leute. Der VVL begründet Zumutbarkeit der Verlegung mit dem flachen Terrain, der Erreichbarkeit der Bushaltestellen im Bereich von 300 Metern und der fussgängerfreundlichen Umgebung. Aber gerade die letzteren zwei Punkte treffen nur bedingt zu. Die 300 Meter beziehen sich auf die Luftlinie und bilden nicht die tatsächlichen Wegdistanzen ab. Die Distanzen aus dem Quartier zur neu geplanten Bushaltestelle beim Brändi betragen bis zu 800 m. Und auch vom Schulhaus sind es immer noch 500 Meter, was dazu führt, dass die Schulkinder einen längeren Weg haben, wenn sie zum Schwimmen, zum Zahnarzt, Arzt oder in die Musikschule müssen. Und zum Thema fussgängerfreundliche Umgebung möchte der Sprechende zwei Bilder vom Industriegeweg zeigen, über den man aus dem Quartier zur Bushaltestelle Grabenhof kommt. Dieser ist für Fussgängerinnen und Fussgänger und Velofahrende äusserst gefährlich und unübersichtlich. Es gibt keine Trottoirs und die Sichtverbindungen sind durch Hecken und parkierende Autos stark beeinträchtigt. Die Buslinienverlegung hat für die Stadt Kriens nun die Konsequenz, dass sie in der Verantwortung steht, die Wegverbindungen so zu gestalten, dass sie für alle Verkehrsteilnehmer sicher begangen und befahren werden können. Cla Büchi denkt da besonders auch an schlechte Wetterbedingungen und am Abend. Zu den fehlenden Trottoirs besteht z.B. beim Industriegeweg auch keine Strassenbeleuchtung. Er versteht, dass Kriens bei der Aufhebung der drei Bushaltestellen im Kuonimattquartier die Kosten für die Anpassung der Haltestellen an das hindernisfreie Bauen sparen kann, immerhin ca. ¼ Millionen Franken. Aber die Anpassungen an sichere Wegverbindungen werden auch nicht gratis und dazu äusserst mühsam zu realisieren sein, weil ganz viele Anrainer betroffen sind. Und vor allem werden es auch keine nachhaltigen Investitionen sein, weil früher oder später eh wieder alles verändert wird. Hingegen hätte man bei den Anpassungen an das hindernisfreie Bauen bei den Haltestellen vielleicht einen Erlass der Massnahmen erwirken können, bis eine definitive Linienführung vom Bus feststeht. Zusammenfassend ist der Sprechende der Meinung, dass die Versetzung der Buslinie ca. 10 - 15 Jahre zu früh kommt und Kriens unnötige Kosten auferlegen wird, die man bei dieser Finanzlage gescheiter in nachhaltigere Projekte im Quartier investieren würde. Man soll ihn nicht falsch verstehen, denn er sagt nicht, dass die langfristige Führung der Buslinie über die Ringstrasse falsch ist. Aber sie macht erst Sinn, wenn die bauliche Entwicklung im Quartier weiter fortgeschritten ist und das Wegnetz im Quartier dichter und so ausgebaut ist, dass es den normalen Sicherheitsanforderungen gerecht wird.

Die CVP/JCVP Fraktion dankt laut Kurt Gisler dem Stadtrat für die ausführliche und transparente Beantwortung der Interpellation. Die Antworten erachtet sie als plausibel. Der Stadtrat hat im Rahmen

seiner Möglichkeiten gehandelt, um die schwierige Situation mit dem Verkehrsverbund Luzern (VVL) zu lösen. Die Fremdbestimmung durch den VVL kann nicht ohne weiteres ausgehebelt werden. Neben Abstrichen konnten auch Kompromisse erreicht werden, die in den jeweiligen Quartieren sicher positiv zur Kenntnis genommen werden. Die Erschliessung der Sidhalde ist daraus ein positives Resultat. Die Quartierbuslinien 11 + 15 über den Sonnenberg werden verknüpft, zudem wird die neue Positionierung als starke, attraktive Linie zur Quartiererschliessung eine Verbesserung des Abendangebotes zur Folge haben. Die CVP/CVP-Fraktion bedauert die Erschliessung der Kuonimatt über die Ringstrasse. Die längeren Zugangswege sind sicher nicht optimal. Die Wege werden im Bericht als fussgängerfreundlich und zumutbar taxiert. Auch das stellt sie in Frage. Der positive Nebeneffekt dieser Haltestellenreduktion auf Krienser Stadtgebiet ist das Finanzielle. Weniger Haltestellen gleich weniger Investitionskosten. Die CVP/JCVP-Fraktion stellt sich aber klar gegen einen weiteren Abbau aus finanziellen Gründen, denn die ÖV-Grundversorgung darf nicht auf Kosten der finanziellen Lage beeinträchtigt werden. Sie dankt dem Stadtrat nochmals für die ausführliche Antwort und hofft, dass die Stadt Kriens auch in Zukunft ein wichtiger Partner für den Verkehrsverbund Luzern ist.

Gemäss Hans Fluder, SVP-Fraktion, haben die Quartiervereine Schattenberg- Himmelrich sowie das Kuonimattquartier keine Mühe gescheut Unterschriften zu sammeln. Die insgesamt 1'800 Unterschriften wurden dann bei der Stadt Kriens sowie beim Verkehrsverbund Luzern (VVL) hinterlegt. In diesen Quartieren sind die meisten Bewohner interessiert und zum Teil auch angewiesen, dass die ÖV-Angebote nicht reduziert werden. Seines Wissens wohnen in den zwei Quartieren auch ältere Bewohnende. Einkaufen, Arztbesuche, Post und Banken können bequem mit dem ÖV bewältigt werden. In diesen Quartieren gibt es sicher Bewohnende, die kein eigenes Auto mehr besitzen. Der Interpellant beschreibt auch, dass das Quartier Kuonimatt künftig umfahren werden soll. Drei bestehende Stationen an der Rosenstrasse werden nicht mehr angefahren und der ÖV wird über die Ringstrasse geführt, was für dieses Quartier ein Abbau des ÖV's bedeutet. Die Bewohner müssen weitere Wege an die ÖV-Stationen in Kauf nehmen. Mit dieser Einschränkung würden diese Bewohnende auf das eigene Auto, wenn vorhanden, umsteigen und so in die Stadt Kriens oder wo anders hinfahren, um ihre Einkäufe zu bewältigen. Die SVP-Fraktion hat grosse Mühe mit solchen Reduktionen. Alle sprechen von Klimanotstand und starkem Verkehrsaufkommen und wenn die Stadt oder der Verkehrsverbund Leistungen bringen müssen, die etwas kosten, werden solche Projekte reduziert oder sogar abgeschafft. Wo ist da der immer wieder besprochene Umweltschutz bzw. Klimawandel?

Die FDP-Fraktion dankt laut Beat Tanner dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Das ÖV-Angebot ist gerade in der heutigen Zeit etwas Zentrales und Wichtiges. Ganz zentral sind hier die Reisezeit, Reisegeschwindigkeit, Umsteigemöglichkeiten, Informationspolitik sowie Tickets und Preise. Die Quartiere in Kriens müssen auf dem gesamten Stadtgebiet eine gute Erreichbarkeit aufweisen. Die Reisezeit und Geschwindigkeit ist insbesondere auch auf der Linie 1 unattraktiv und fördert den Umstieg auf den ÖV überhaupt nicht. Heute ist man von Luzern her schneller in Rothenburg oder Stans als im Obernau. Dazu kommt, dass der Bus im Stau steckt und der Fahrplan nicht eingehalten werden kann. Zu Spitzenzeiten hat man nicht einmal einen Sitzplatz zur Verfügung. Das führt nicht dazu, dass zusätzlich Bürger den Bus dem Auto vorziehen. Muss man dann noch in der Busschleife auf den Quartierbus umsteigen, braucht man noch längere Reisezeiten, bis man zu Hause ist. Für eine Stadt wie Kriens braucht es auf der Hauptlinie effiziente, schnellere und bessere Verbindungen. Da gibt es enorme Luft nach oben. Aufgrund der geografischen Lage muss Kriens früher oder später die Hauptlinie wahrscheinlich in den Boden verlegen, obwohl so hohe Kosten für die Investitionen entstehen. So wird aber die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs und des Wohnortes Kriens massiv gesteigert. Für die FDP-Fraktion war es immer klar, dass die Erschliessung mit dem ÖV für das Quartier Sidhalde bestehen bleiben soll. Hingegen ist sie für neue Ideen in Sachen ÖV immer offen. Auch ein Telebus ist in Zeiten, wo die Nachfrage klein ist, eine sehr gute Option. Ja, sie kann dem Kunden sogar einen Mehrnutzen bringen, gerade für ältere Leute. Dieser hat den Vorteil, dass sie gerade vors Haus gefahren werden. Jetzt gibt es im Gebiet Sidhalde eine Verbesserung und Optimierung, nämlich mit Anschlüssen neu direkt ins Zentrum Kriens, an den Mattenhof oder Horw. Das ist sicher attraktiver und begrüsst die FDP-Fraktion sehr. Hingegen hat sie Verständnis, dass die Erschliessung der Kuonimatt neu über die Ringstrasse führt. Zum einen ist aus ihrer Sicht die Sicherheit der Fussgänger und Ve-

Ilofahrer mit der Buslinie durchs Quartier nicht gewährleistet. Negativ ist sicher, dass die Zugangswege zum ÖV länger werden. Man muss aber auch sehen, dass andere Bewohner, welche nicht im Kuonimatt wohnen, dann plötzlich kürzere Zugangswege haben. In diesem Gebiet gibt es ja nicht nur das Kuonimatt-Quartier, sondern es hat auch noch auf der anderen Seite Bewohnende, welche davon profitieren können. Die Zugangswege sind, wie der Stadtrat auch sagt, durchaus zumutbar. Es gibt auch andere Quartiere in Hanglagen, die viel längere Wege auf sich nehmen müssen.

Peter Stofer, Grüne/GLP-Fraktion, stellt fest, dass sich alle einig sind, dass der ÖV wichtig ist und auch gefördert werden soll. Cla Büchi müsste sich fast überlegen, ob er hier noch nachgreifen möchte und halt ein Preisschild für diese Dienstleistung verlangen soll, welche nun wegfällt. Auch die Grüne/GLP-Fraktion steht für einen leistungsfähigen ÖV in Verbund mit dem Langsamverkehr. Sie unterstützt eine zügige Umsetzung des Gesamtverkehrskonzepts. Genau dieses soll den Verkehr in den Quartieren verträglicher machen. Darum ist klar, dass Abbaupläne beim ÖV bei ihr nicht gut ankommen. Das widerspricht dem GVKK. Der Widerstand der betroffenen Bevölkerung, die Mitarbeiter des Stadtrates und auch der Druck von Cla Büchi haben immerhin dazu geführt, dass das AggloMobil 4 Konzept überarbeitet wurde. Zumindest konnte zu Gunsten des Quartiers Sidhalde eine Verbesserung erwirkt werden. Der Grüne/GLP-Fraktion ist klar, dass der Abbau im Kuonimatt eine Verschlechterung ist, welche sie nicht gerne hinnimmt. Sie bedauert das auch, aber nicht unbedingt, weil die Kinder nun einen fünf Minuten längeren Weg für die Musikschule haben, sondern weil ältere und betagte Menschen ein Stück ihrer Unabhängigkeit verlieren. Insgesamt stellt sie aber fest, dass die Vorteile des AggloMobil 4 Konzept für Kriens überwiegen. Sie sollen ja bereits beim nächsten Fahrplanwechsel Ende Jahr umgesetzt werden. Der Sprechende bedankt sich für das Engagement des Stadtrates und des Interpellanten.

Matthias Senn betont immer wieder wie wichtig es ist, dass Stadträte in kantonalen und regionalen Gremien mitarbeiten. Der Sprechende hat bei diesem Thema zwei Hüte an, aber versuchte die Interessen der Stadt Kriens zu vertreten. Aber auch im Verbundrat gibt es Mehrheitsabstimmungen. Darum ist es nun bei der Kuonimatt so gekommen. Das Argument, weshalb der Verbundrat für diese Lösung entschieden hat ist, weil es ein ÖV-Planungsgrundsatz ist, dass man die Linien möglichst auf verkehrsorientierten Achsen fahren lässt und nicht mehr durch die Quartiere. Wenn es die Kuonimatt-Linie bisher nicht gegeben hätte, hätte man diese wahrscheinlich von Anfang an über die Ringstrasse geführt. Das andere Argument ist, dass die Reisezeit über die Ringstrasse 2-3 Minuten schneller ist. Natürlich gibt es auch das Argument, dass es durch das Kuonimatt-Quartier ein geringeres Staurisiko gibt. So wäre das Risiko der Fahrplanstabilität besser. Das hat schlussendlich den Verbundrat aber nicht überzeugt. Es handelte sich sicher nicht um finanzielle Gründe, welche den VVL zu diesem Entscheid leiten liess. Das Gegenteil ist der Fall, denn man darf einen dichteren Takt erwarten als heute. Die Linie 16 fährt im 15 Minuten Takt, wobei die Linie 21 nicht mehr nach Kriens fährt. Die Abendverbindungen werden auch ändern, wie auch auf dem Sonnenberg. Insgesamt ist es tatsächlich eine Verbesserung des ganzen Ortsbussystems in Kriens. Das darf man auch positiv würdigen. Für die Kuonimatt ist es ein Nachteil, was unbestritten ist. Cla Büchi hat natürlich die Wegvariante gezeigt, welche am schlechtesten ist. Die Strasse beim Grabenhof ist bisher noch eine ungelöste Situation. Es ist auch so, dass im Verkehrskonzept vorgesehen ist, dass die Industriestrasse vom Kreisel Mattenhof abgehängt wird. Dann müsste das ganze Ober-Kuonimatt über den Grabenhof erschlossen werden. Das bedingt sowieso ein komplett neues Erschliessungskonzept. Aber es gibt auch bessere Wege. Gerade vom Schulhaus Kuonimatt kann man über die Dahlienstrasse und Ober-Kuonimattweg direkt zur neuen Bushaltestelle gelangen. Aber der Weg ist so 420 m und nicht wie heute nur 100 m. Der Stadtrat ist in den nächsten zwei Jahren gefordert. Es ist vorgesehen, dass es auf den Fahrplanwechsel 2021 eingeführt wird. Es müssen noch einige Aufgaben gelöst werden, vor allem bei der Linienführung über den Sonnenberg. Dort wird es nicht ganz einfach sein zu entscheiden, wo man die Linienführung haben möchte. Geht man über die Sonnenbergstrasse oder Obere-Dattenbergstrasse? Dann muss eine gute Situation für die neue Haltestelle beim Brändi gefunden werden. Bei der Guetrüti/Sidhalde muss ein Ort gefunden werden, wo eine Wendeschleife erstellt werden kann. Es wird nicht mehr akzeptiert, dass der Bus hin und her schaukelt. Bis Ende 2023 müssen alle Bushaltestellen umgebaut werden, dass diese auch hindernisfrei sind und eine Haltekantenhöhe von 22 cm haben.

Schluss

Roger Erni bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Sitzung findet am 19. März 2020 ab 13:30 Uhr statt. Im Anschluss an die heutige Sitzung trifft man sich im Restaurant Hofmatt.

Am Freitag, 21. Februar ab 19:00 Uhr findet der erste gemeinsame Anlass mit den Gross-Stadträten Stadt Luzern statt, nämlich das Handballspiel zwischen HC Kriens-Luzern und Kadetten Schaffhausen.

Er übergibt nun den Stab des Höchsten Krienser in gute Hände. Das ist nun für mindestens zwei Wochen nicht mehr der Einwohnerratspräsident, sondern der Gallivater, Hugo Herzog.

Hugo Herzog ist erstaunt, dass er etwas von der Krienser Fasnacht erzählen muss. Er geht davon aus, dass alle die Krienser Fasnacht kennen. Es ist ihm eine grosse Freude und Anliegen die Grussbotschaft der Gallizunft Kriens zu übermitteln. Heute ist die letzte Einwohnerratssitzung vor den Faschnachtsferien. Gleichzeitig möchte er zeigen, wie agil und dynamisch die Gallizunft auch in politischen Entscheiden sein kann. Er darf die Dankesworte der Gallizunft Kriens übermitteln. Die Gallizunft als absolut wichtigste Institution in Kriens, fühlt sich in Kriens auch wohl. Selbstverständlich spürt auch die Gallizunft den Sparwillen und Spardruck der Stadt. Das tut der Zunft auch ab und zu weh. Sie schätzt aber trotzdem die wohlwollende Behandlung ihrer Anliegen im Einwohnerrat. Sie spürt nicht nur hohe Akzeptanz für ihre Tätigkeit in der Bevölkerung, sondern auch auf politischer Ebene bei sämtlichen Parteien. Dieser Besuch hat der Einwohnerrat dem ehrenwerten Präsidenten zu verdanken. Vor drei Wochen hat Roger Erni ihn an der Inthronisation des Gallipaars 2020 seine grossen Sorgen anvertraut und hat um Unterstützung der Gallizunft gebeten. Um seiner grossen Sorge Nachdruck zu verleihen, hat er den heiligen Gallus mit auf die Bühne der Krauerhalle genommen. Aus diesem Grund tritt auch der Sprechende nicht alleine auf. Er hat seinen lieben Weibel, Daniel Häberli, mitgenommen. Dieser ist zwar noch keine Legende in Kriens, wie der St. Gallus, aber sie arbeiten daran, dass er am Ende ihres Amtsjahres ein legendärer Weibel der Gallizunft ist und so in die Geschichte eingeht. Eines kann sein Weibel bereits von sich behaupten, sein Mantel ist sicher viel farbiger, als der graue schlichte Mantel des St. Gallus bei der Inthronisation des Gallipaars 2020. Hugo Herzog kommt zurück auf die kleinen und grossen Sörgeli des Einwohnerratspräsidenten. Sorge Nummer 1 war, dass der Einwohnerrat und Stadtrat in den nächsten Tagen in seine wohlverdienten Ferien geht. Er stellt sich als erster Einwohnerratspräsident überhaupt die Frage, wer in diesen Tagen die politische Kompetenz und Gewalt hat. Eine Lösung dafür hat er gemäss seinen Aussagen nicht gefunden, was ihm extrem schlaflose Nächte verursacht hat. Der heilige Gallus hat ihm dringend empfohlen die Gallizunft als politische unabhängige und neutrale Institution anzufragen. Alle Anwesenden sind Zeugen, dass vor wenigen Minuten die politische Macht an die fasnächtliche Institution übertragen wurde. Die Gallizunft Kriens möchte den Einwohnerratspräsidenten, die Politik und Bevölkerung nicht im Stich lassen. Sie ist bekannt, dass sie in der Stadt Kriens Verantwortung übernimmt und nimmt dieses Amt als politisch einzige Institution bis am Aschermittwoch in Ehren und in Würde an. Die Gallizunft hat bereits ein beschlussfähiges Parlament bestimmt. Sie weiss nämlich, dass sie in dringenden Fällen ganz schnell handlungsfähig sein muss. Dann kommt die Sorge Nummer 2, welche Roger Erni ihnen anvertraut hat. Der Einwohnerratspräsident kann auch seit Wochen nicht schlafen, wegen der ungeklärten Situation mit dem alten Gemeindehaus. Er kann nicht mehr zulassen, dass mit zusätzlichen Steuergeldern das leere Haus unterhalten wird und langfristig keine Nutzungslösung in Sicht ist. Der Weibel hat ihm soeben das Ergebnis ihres Parlaments mitgeteilt. Die Abstimmung ging gerade durch und das Ergebnis war ja. Hugo Herzog kommt nun zur Lösung dieses Problems. Das Gallizunft-Parlament hat soeben einstimmig beschlossen, dass das alte Gemeindehaus ohne Laster und Auflagen zum Preis von Fr. 1.00 zum Eigentum an die Gallizunft übertragen wird. Die Gallizunft verpflichtet sich gleichzeitig die Liegenschaft als eigenes Zunftlokal zu betreiben und zu nutzen. Sie verpflichtet sich aber bis zum 100-jährigen Jubiläum der Gallizunft, und das geht immerhin noch bis ins Jahr 2022, nicht zu verkaufen. Das Geschäft ist natürlich ganz dringend und es wurde veranlasst, dass der Beschluss von vor zwei Minuten heute noch im Grundbuch vom Kanton Luzern eingetragen wird. Das ist ein Notrecht und solche Beschlüsse können nicht mehr angefochten werden. Die Gallizunft ist überzeugt, dass mit diesem

Beschluss der Einwohnerratspräsident wieder besser schlafen kann und seine Ferien in der Krienser Fasnacht so richtig geniessen kann. Hugo Herzog dankt für die Einladung zur heutigen Sitzung und die Dienste des Einwohnerratspräsidenten für die Gallizunft Kriens. Als Dankeschön überreicht er ein Geschenk, welches ihn immer an die heutige Einwohnerratssitzung erinnern soll. Weiter macht er dem Einwohnerrat ein riesen Kompliment. Er hat nicht immer so sachliche und zielführende Diskussionen. Das hat ihn beeindruckt. Vielen Dank dafür, dass immer lösungsorientiert diskutiert wird. Er wünscht nun allen schöne und farbige Fasnachtsferien. Vergisst das Motto der Fasnacht 2020 nicht: „Auf dem Dorfplatz Bögge, auf dem Stadthausplatz festen, den Umzug mit dem Gallipaar Herzog, ist das Beste.“

Die Sitzung schliesst um 17:55 Uhr.

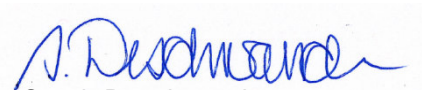
Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



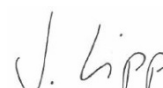
Roger Erni

Die Stadtschreiber-Substitutin:



Sarah Deschwanden

Die Protokollführerin:



Janine Lipp